Preis: 60 f. cts.

Deutsche Freiheit

Einzige unabhängige Tageszeitung Deutschlands

Nummer 4 — 1. Jahrgang | Saarbrücken . Samstag, den 24. Juni 1933 | Chefredakteur: M. Braun

Grüße an die Deutsche Freiheit!

Glückwunsch aus der Schweiz:

„Wenn die „Deutsche Freiheit" so weiter den Kampf führt, wird sie bald das **Zentralkampforgan gegen den Weltfaschismus** sein!"

Glückwunsch aus Prag:

„Vollster Beifall ohne jede Einschränkung. Nur weiter so! Der Sieg wird unser sein."

Duell Hindenburg-Hitler

Das hochpolitische Ringen in Berlin - Alleinmacht der Nazis um jeden Preis - Schacht und Neurath beschwören

Berlin, 23. Juni. (Eigener Drahtb.)

Für heute war ein großer Kabinettsrat unter dem Vorsitz des Reichspräsidenten in Aussicht genommen. Ob und unter welcher Tagesordnung er stattfinden wird, steht in den ersten Vormittagsstunden noch nicht fest. Die Kassierung der sozialdemokratischen Mandate erfolgte nicht zuletzt, um die Forderung Hugenbergs, den Reichstag einzuberufen, illusorisch zu machen. Die Nationalsozialisten haben nun in dem Rumpfparlament eine alles beherrschende Mehrheit. Parlamentarisch gesehen, sind Deutschnationale und Zentrum ohne jeden Einfluß. Die Frage ist, welche Wirtschafts- und vielleicht auch welche militärischen Kräfte hinter ihnen stehen. Darüber scheint sich aber auch Hugenberg nicht viel Illusionen zu machen.

Sehr lästig sind der Reichsbankpräsident Schacht und der aus London herbeigeeilte Außenminister Dr. Neurath, beide entsetzt über die stürmische Entwicklung. Schacht hat die Umgebung des Reichspräsidenten und den Reichskanzler nicht darüber im Zweifel gelassen, daß er einen unglücklichen Ausgang der Verhandlungen über das Transfer-Moratorium befürchtet. Er prophezeit das Ende des deutschen Kredits, wenn die Erschütterung im Innern nicht aufhöre. Neurath, der ebenso wie Hugenberg Rücktrittsabsichten hegt, hat den Reichskanzler und den Reichspräsidenten eindringlich auf die Stimmung der fremden Regierungen gegen Deutschland hingewiesen. Im Reichspräsidentenpalais und zwischen Hugenberg und seinen Freunden sind zahlreiche Beratungen, wie dem Vorstoß der Nationalsozialisten zur Alleinherrschaft noch in letzter Stunde zu begegnen sei.

Die Revolution lebt!

Die Furcht vor der Sozialdemokratie - Tod und Auferstehung - Neuer Kampfgeist und neue Kampfformen - Das deutsche Arbeitsvolk gegen den Faschismus

Der Reichsminister des Innern hat die Landesregierungen ersucht, auf Grund der Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutze von Volk und Staat vom 28. Februar 1933 die notwendigen Maßnahmen gegen die Sozialdemokratie zu treffen. Unter diesen Maßnahmen ist das Verbot aller Organisationen der Sozialdemokratie, die Unterdrückung jeglicher sozialdemokratischen politischen Betätigung, der Raub der Vermögensreste unserer Partei und ihrer Hilfs- und Ersatzorganisationen gedacht. Allen Beamten, Angestellten und Arbeitern, die aus öffentlichen Mitteln Gehalt, Lohn oder Ruhegeld beziehen, ist die Zugehörigkeit zur Sozialdemokratie untersagt. Alle Parlamentsmandate der Sozialdemokratie werden kassiert. Aus allen Reichs-, Landtagen und Gemeindevertretungen wird die Sozialdemokratie rechtswidrig ausgeschlossen.

Begründet wird diese Aktion, die das Sozialistengesetz Bismarcks weit übertrumpft, mit dem angeblich staats- und landesverräterischen Charakter der Sozialdemokratie. Es ist selbstverständlich, daß für diese Beschuldigung ebensowenig ein Beweis erbracht wird, wie für die seinerzeitige Behauptung, die Sozialdemokratie sei am Reichstagsbrand beteiligt, den erwiesenermaße Minister Göring angestiftet und seine Mordstürme durchgeführt haben.

Aus dem Gewaltschlag der jetzigen Machthaber im Reich spricht nur die Furcht vor der ungebrochenen Lebenskraft der Sozialdemokratie. Wäre sie ein „Leichnam", wie nationalsozialistische Redner zu sagen pflegen, so würde man die Partei verscharren, aber nicht den ganzen Staatsapparat gegen sie einsetzen. Das Verbot erfolgt, weil die faschistische Diktatur spürt, wie nach der ersten Betäubung nun seit Monaten schon die sozialdemokratischen Massen sich sammeln und fühlbaren Widerstand leisten.

Für uns ist das Verbot der Sozialdemokratie keine Ueberraschung. Es mußte kommen. Das System des Faschismus erträgt nicht die Betätigung von selbständigen politischen Parteien neben der alleinregierenden Partei. Jeder faschistische Staat ist so korrumpiert und in seinen führenden Schichten so verlumpt, daß er keine öffentliche Kritik aushalten kann. Jede faschistische Staatsführung watet so tief durch Blut, daß sie die Ankläger gegen die Mörder mit allen Mitteln unterdrücken muß.

Was zuerst der Kommunistischen Partei, jetzt der Sozialdemokratie und eben erst sogar der rechtsnationalen Jugend geschah, wird früher oder später auch für das Zentrum und die übrigen Reste bürgerlicher Parteien der Mitte eintreten.

Für die Sozialdemokratie, ja mehr noch, für die gesamte Front der deutschen sozialistischen Arbeiter und aller Feinde des deutschen Faschismus ist nun Klarheit geschaffen. Die gutgläubigen, aber weltfremden Illusionen, die von einer Gruppe bisher führender Genossen im Reiche genährt wurden, sind zu Ende. Es gibt keine legale Betätigung für den Sozialismus in einer faschistischen Diktatur. Wer den Sozialismus will, muß den Faschismus mit allen Mitteln bekämpfen und stürzen wollen.

Der Schlag, der nun niedersaust, ist schwer, aber er ist kein Ende. Er bringt nicht das Ende des Sozialismus in Deutschland, sondern seine geistige und organisatorische Verjüngung. Wir sprechen es aus: Unsere alten Organisationsformen mußten in diesen Stürmen zerbrechen. Nun sind sie zerschlagen. Sie waren groß für ihre Zeit, und wir danken allen, die sie aufgebaut, geschützt und sich ihrer in zahllosen Kämpfen für die deutsche Arbeiterklasse bedient haben.

Die nun zerstörten Organisationen werden in ihrer alten Form nicht wiedererstehen. Noch ehe Brandstifter Göring und sein Spießgeselle, Reichsminister Frick, Hand an diese Organisationen legten, waren schon neue Kampfformen der Sozialdemokratie in Deutschland im Werden. Wir grüßen in dieser Stunde die Millionen sozialdemokratischen Genossen, die nicht aufgelöst werden können. Wir grüßen unsere Kämpfer und unsere Kämpferinnen in den Gefängnissen und in den Konzentrationslagern, wo sie den Folterungen der Schinder des Reichskanzlers Hitler trotzen. Wir grüßen aber auch mit großem Stolz insbesondere die vielen Genossen und Genossinnen, die in heiliger Ueberzeugungstreue und brennendem Eifer die neuen Formationen des unsterblichen Ringens für die Freiheit des deutschen Arbeitsvolkes schon lange gebildet haben.

Eine Epoche in der Geschichte der deutschen Sozialdemokratie ist abgeschlossen. Eine neue und größere beginnt. Die Sozialdemokratie ist aus der Legalität, ist aus jeder Arbeit im Staate und für den Staat hinausgedrängt. Sie hat keine Wahl mehr; die Arbeit der Sozialdemokratie kann nur noch illegal, ihr Kampf um Deutschland, um dessen sozialistische Erneuerung kann nur noch revolutionär sein.

Laßt die Toten ihre Toten begraben. Der Sozialismus lebt. Die Revolution lebt.

Es lebe die Revolution!

•

Berlin und Prag

Ein erledigter Streit

Der Vorstand der SPD. drahtet uns aus Prag:

Das Verbot hat uns nicht überrascht. Seit Tagen wußte man, daß die wirtschaftlichen Schwierigkeiten Deutschlands und die Spannungen innerhalb der Nazis so groß geworden sind, daß die gewaltsame Unterdrückung aller politischen Parteien als Ablenkungsmanöver in Aussicht genommen war. Schon in der Unterredung, die vor etwa drei Wochen zwischen Brüning und Hitler stattgefunden hat, hat Hitler diese Absicht angekündigt.

Kein Verbot kann die Sozialdemokratische Partei töten. Sie lebt! Und lebt heute mehr denn je! Jetzt ist klare Bahn für die Arbeit in neuen Formen und mit neuem Geiste geschaffen. Die taktischen Differenzen zwischen Berlin und Prag sind durch das Eingreifen der rohen Gewalt erledigt. Unser erbitterter rücksichtsloser Kampf, der von größter Leidenschaft für das hohe Ziel der Befreiung Deutschlands von dem Joche des zurzeit regierenden Verbrechertums erfüllt ist, findet nun keinerlei Hemmungen mehr. Er wird jetzt innerhalb der Grenzen Deutschlands ein millionenfaches Echo finden, das Ende der Verbrecherherrschaft beschleunigen und das deutsche Volk vor dem Untergang bewahren.

Die „Reichspost" bis 5. Juli verboten!

Berlin, 24. Juni. Die „Reichspost" ist bis einschließlich 5. Juli verboten worden, weil das Blatt bei der Behandlung der Judenfrage den Reichskanzler verächtlich gemacht hat.

Damals: „Liebe Jiden in Paulen" —

Heute werden die deutschen Juden geächtet, existenzlos gemacht, mißhandelt ...

Beim Vormarsch in Rußland umschmeichelte man ihre polnischen Glaubensgenossen — „Deutsche Treue und Wahrhaftigkeit"!

„Wendet Euch mit dem größten Bitochaun ..."

Es war im Herbst 1914. Die deutschen Heere rückten in Polen ein. Es kam für die deutsche Oberste Heeresleitung sehr viel darauf an, die Gunst der Juden in Polen zu gewinnen. An sie wurde folgender Erlaß gerichtet, der schon damals Weltberühmtheit als Beispiel für die Methoden des deutschen Militarismus erlangte:

Zu den Jiden in Paulen

Die heldische Armee vun de grauße mitteleuropäische Regierungen, Deitschland un Esterreich-Ungarn, seinn arein in Paulen.

Der mechtiger Marsch von unseren Armees hat gezwungen die despotische russische Regierung zu entlaufen.

Unsere Fohnen brangen eich Recht und Freiheit, gleiche Bürgerrechte, Freiheit vorn Glauben, Freiheit zu arbeiten ungestert in alle Zweigen von ekonomischen un kulturellen Leben in eier Geist.

Zu lang hot ihr sich geplogt unter dem eisenen moskowitischen Joch.

Wie Freind kummen mir zu eich, die barbarische fremde Regierung ist aus!

Die gleiche Recht vor Jiden soll werden gebaut auf feste Fundamenten.

Loßt eich nicht, wie a zfach (= schon) mal friher, obnarren durch chanufedige (= nichtssagende) Versprechungen!

Hot nischt auch 1905 der Zar zugesagt die gleiche Recht vor Jiden, un hot er nischt darauf zugegeben den hechsten Manifest?

Wie hat man eich abgezohlt dem dosigen Chauw (= die damalige Schuld), wos man hot auf sich genommen vor der ganzen Welt?

Gedenkt des Araustreiben, wos man treibt togtäglich die jidische Massen vun feiere eingesessene Mekaumans! (= Ortschaften).

Gedenkt Kischinew, Homel, Byalistok, Siedletzt un viel hunderter andere blutige Pogromes!

Gedenkt dem Bellis-Prozeß un die Arbeit vun die barbarische Regierung, zu verbreiten dem schrecklichen Ligen von Blutgebrauch bei die Jiden!

Aban hot der Zar gehalten ein monarchisch Wort, wos er hot gegeben, elendig in die Klemm!

Er ist jetzt wieder in die Klemm! — Ot, dos ist die Siboh (= Vergeltung) von seine Versprechungen.

Eier heiliger Chauw (= Pflicht) ist a jetzt, zusammen zu nehmen alle Kraften, mitzuarbeiten, bei die Befreiung.

Alle Volkskresten: eier junger Daur (= Geschlecht), eiere Hehillans (= Gemeinden), eiere Chewrans (= Tereine) müssen sich schtellen wie ein Mann, mitzuhelfen zu die heilige Sach.

Mir erwarten, als ihr wet beweisen durch Fakten eier Verschtand und eier Ergebenheit.

Wendet sich nit dem größten Bitochann (= Vertrauen) zu den Kommandanten vun unseren Militär in die Oerter, wos seinen nohe zu eich.

Alle Sorten Lieferungen wellen bald und gut bezohlt.

Bahnt den Weg, zu bezwingen in ganzen den Sjaune (= Feind) un zu brengen den Nizoschaun (= Sieg) vun Freiheit un Gerechtigkeit.

Die obere Leitung von die verbindet deitsche un esterreichisch-ungarische Armees.

„Es ist standeswidrig ..."

Frühjahr 1933. Die Juden werden ausgestoßen, geächtet, beschimpft und geschlagen. Auf den Trümmern ihrer Existenz machen sich Hyänen breit. Mit akademischen Standesbegriffen, die den Jubel über die aus dem Felde geschlagene Konkurrenz verhüllen sollen, nisten sich nach diesem Beispiel die echt Arischen ein:

Der Vorstand der Anwaltskammer Düsseldorf hat folgendes Rundschreiben an alle Kammermitglieder geschickt, das die Richtlinien über den Verkehr mit nichtarischen Parteien und nicht mehr zugelassenen Rechtsanwälten enthält. Dieses Zirkular, datiert vom 15. Mai 1933 und unterschrieben vom Vorsitzenden des Vorstandes der Anwaltskammer Düsseldorf, besteht aus folgenden zehn Punkten (sämtliche Sperrungen von uns):

„1. Es ist zulässig, die Vertretung nichtarischer Parteien zu übernehmen.

2. Es ist standeswidrig, Mandate von nicht mehr zugelassenen nichtarischen Rechtsanwälten anzunehmen. Es muß vielmehr in jedem einzelnen Fall gefordert werden, daß die Partei selbst, die bisher von einem nichtarischen Rechtsanwalt heraintritt und ihn um ihre Vertretung ersucht. Auch die Akten müssen von der Partei selbst überbracht werden.

3. Es ist standeswidrig, die Praxis eines nicht mehr zugelassenen Rechtsanwalts ganz oder teilweise zu übernehmen, desgleichen dessen Büro oder Mobiliar. Angestellte nichtarischer Rechtsanwälte dürfen nur mit Genehmigung des Vorstandes des örtlichen Anwaltsvereins eingestellt werden.

4. Es ist standeswidrig, nichtarische ehemalige Rechtsanwälte als Bürovorsteher oder sonstwie zu beschäftigen.

5. Standeswidrig ist jeder berufliche Verkehr mit nicht mehr zugelassenen nichtarischen Anwälten. Dazu gehört insbesondere auch die Annahme von Mandaten durch Vermittlung eines nicht mehr zugelassenen nichtarischen Rechtsanwalts. Ausgenommen sind Zustellungen und sonstige Maßnahmen, die in laufenden Sachen notwendigerweise zur Abwendung wesentlicher Nachteile für eigene Mandanten den Genannten gegenüber vorgenommen werden müssen.

6. Bei Uebernahme von Mandaten, die bisher nichtarische Rechtsanwälte hatten, ist in allen Fällen Vorschuß einzufordern in Höhe der noch nicht fällig gewordenen Gebühren. Durch den Wechsel des Rechtsanwalts dürfen den Parteien Mehrkosten nicht entstehen. Nur in besonders umfangreichen und schwierigen Sachen sind Ausnahmen, d. h. Vereinbarung eines Sonderhonorars, dies aber nur mit Genehmigung des Vorstandes des örtlichen Anwaltsvereins zulässig.

7. Assoziationen und Bürogemeinschaften zwischen arischen und nichtarischen Rechtsanwälten sind sofort aufzulösen.

8. Das Verbleiben der weiterhin zugelassenen nichtarischen Rechtsanwälte in den örtlichen Anwaltsverein erscheint nicht mehr angängig, ebensowenig ihre Teilnahme oder Vertretung im Kartell, wo ein solches besteht.

9. Nichtzugelassene nichtarische Rechtsanwälte sind als Schiedsrichter abzulehnen. Sollten sie sich als Rechtskonsulenten niederlassen oder betätigen, so gilt jeder berufliche und außerberufliche Verkehr mit ihnen natürlich erst recht als standeswidrig.

10. Was vorstehend über das Verhalten gegenüber nicht mehr zugelassenen, nichtarischen Rechtsanwälten gesagt ist, gilt in gleicher Weise gegenüber allen Rechtsanwälten, gegen welche aus anderen Gründen als wegen ihrer Rassenzugehörigkeit ein Vertretungsverbot erlassen worden ist oder wird, oder die von der Rechtsanwaltschaft ausgeschlossen worden sind."

Wenn man sich diese beiden Dokumente vor Augen hält, dann gewinnt man einen besonders guten Blick über jenen Begriff deutscher Treue und Wahrhaftigkeit, die bekanntlich die Taufpaten der „nationalen Revolution" gewesen sind.

Als man die Juden nötig hatte, gab man ihnen tausend liebe Worte. Man scheute sich nicht, das von ihnen in Polen gesprochene Jiddisch getreu nachzuahmen, um ihnen zu schmeicheln. Man tat so, als ob jeder arme polnische Jude im Kaftan berufen sei, neben den deutschen Militärs an der Befreiung des Landes vom zaristischen Joch mitzuarbeiten.

Als man, neunzehn Jahre später, die Juden in Deutschland, auch diejenigen, die damals auf deutscher Seite kämpften, unter ein Ausnahmerecht stellte, da stürzten sich die arischen Konkurrenten schmachvoll auf das, was von ihren beruflichen Obliegenheiten, ihrer Existenz und ihrer Habe noch übrig geblieben war. Dieses Dokument aus Düsseldorf, verfaßt von Rechtsanwälten, ist eine der schwersten Schändungen des deutschen Namens, die uns selbst in dieser, an solchen Materialien überreichen Zeit zu Gesicht bekommen ist.

Den jüdischen Anwälten, die ihren Beruf und ihre Lebensstellung verloren haben, wird jede Möglichkeit entzogen, auch in einer niedrigeren sozialen Funktion, etwa als Büroangestellte, ihren Lebensunterhalt zu erwerben. Ohnedies würde es wahrscheinlich nur in einzelnen Fällen einem derartigen abgebauten Rechtsanwalt gelungen sein, sich wenigstens durch Hilfsarbeiten ein bescheidenes Einkommen zur Erhaltung seiner Familie in ehrlicher Weise und völlig im Rahmen der gegenwärtigen Bestimmungen zu verschaffen. Ganz abgesehen von allen politischen Gesichtspunkten, müßte die Menschlichkeit gebieten, Personen, die schuldlos (nur wegen ihrer Rassezugehörigkeit) in vorgeschrittenem Alter ihre Berufe verloren haben, wenigstens irgendeine andere Erwerbsmöglichkeit zu lassen und sie nicht ins völlige Elend zu stoßen. Auch die zugelassenen nichtarischen Anwälte werden hier zu Berufsgenossen zweiter Klasse gemacht ...

„Deutsch sein heißt, eine Sache um ihrer selbst willen tun." Gern wird heute dieser Spruch von Richard Wagner zitiert. Diese Deutschen aber, die für solche Schmachdokumente verantwortlich sind, haben keine mildernden Umstände auf ihrer Seite.

Denn sie wissen, was sie tun!

Boykott geht weiter!

Der Boykott gegen jüdische Warenhäuser und alle nichtarischen Geschäftsleute geht unentwegt weiter. Er wird jetzt so organisiert, daß die erforderlichen Maßnahmen im einzelnen nicht allzu sehr auffallen. So wird demnächst ein deutsches Warenzeichen eingeführt, das von jüdischen Fabrikanten usw. nicht geführt werden darf.

In Westdeutschland finden in diesen Tagen überall „Braune Wochen" statt, die von den Kampfbünden des gewerblichen Mittelstandes organisiert werden. Im Zusammenhang damit werden Bezugsquellenverzeichnisse herausgegeben, in denen lediglich die arischen Firmen enthalten sind. Parteimitglieder der NSDAP., die sämtlich das Verzeichnis zugestellt erhalten, sollen nur noch bei diesen Firmen kaufen dürfen. Großfilialbetriebe, Kaufhäuser und Einheitspreisgeschäfte werden in den Verzeichnissen auch dann nicht aufgeführt, wenn sie sich in christlichem Besitz befinden. Begründet wird dies damit, daß es sich hierbei um Wirtschaftsfirmen handle, die nicht in den nationalsozialistischen Staat passen.

Für Ende Juni ist eine besondere Kontrolle aller Einheitspreisgeschäfte in Westdeutschland vorgesehen, und zwar derart, daß Parteimitglieder, die dort trotz Verbots kaufen, notiert und wegen parteischädigenden Verhaltens ausgeschlossen werden.

„Hitler-Attentat gegen den Frieden!"

Herausforderung an Europa

Gute Deutsche und unabhängige Oesterreicher — Der Hilferuf an die Sozialdemokratie — Front gegen die Nazibarbarei

Wien, 23. Juni.

Das Regierungsorgan „Die Reichspost" veröffentlicht eine parteiamtliche Feststellung zu der Aktion gegen die Funktionäre der Bayerischen Volkspartei, wonach zwischen der österreichischen Christlich-Sozialen Partei und der Bayerischen Volkspartei seit Monaten infolge der Ereignisse in Deutschland alle Fäden gerissen seien. Es bestehe weder eine direkte, noch eine indirekte Beziehung, und man könne heute schon sagen, daß die Suche nach belastendem Material in den wichtigsten Aemtern der Bayerischen Volkspartei ergebnislos verlaufen müsse, weil ein solches nie existiert habe.

Seit der verhängnisvollen Einreisung, die den Katastrophen von 1914 und 1918 führte, sei, führt die „Reichspost" aus, die Abneigung gegen das Reich nicht so beängstigend gewesen. Weder mit wirtschaftspolitischen, noch mit geistigen Grenzsperren werde der Nationalsozialismus das deutsche Volk dauernd zu zerspalten und auseinanderzureißen vermögen.

Die unter Vorzensur erscheinende „Arbeiterzeitung" gibt ein Gespräch des Amsterdamer „Het Volk" mit Stampfer wieder, in dem Stampfer seine Kampfansage an die deutsche Regierung wiederholt und bietet Stampfer in seinem Kampf gegen die Reichsregierung seine Hilfe.

Sicherheitsminister Fey erklärte einem Mitarbeiter des „Az Est": Ich bin Deutscher und will Deutscher bleiben; aber auch in der Zukunft ein gänzlich von Deutschland unabhängiger Oesterreicher. Wir wollen unsere eigenen Herren bleiben unter allen Umständen. Die vaterländische Front wird mit voller Kraft gegen den unsere Unabhängigkeit bedrohenden Nationalsozialismus kämpfen.

wtb. Wien, 22. Juni. Der christlich-soziale Landeshauptmann von Niederösterreich Reither hat an die nationalsozialistischen Landtagsabgeordneten ein Schreiben gerichtet, in dem er unter Hinweis auf das Verbot der Betätigung der NSDAP. in Oesterreich mitteilt, daß auch die Betätigung als Mandatar in allgemeinen Vertretungskörperschaften darunter zu verstehen sei, wenn das Mandat auf Grund eines Wahlvorschlags der nationalsozialistischen Partei erlangt worden sei. Damit sei den nationalsozialistischen Abgeordneten die Ausübung ihres Mandates im niederösterreichischen Landtag und dessen Ausschüssen verboten. Jede Uebertretung werde mit Geldstrafe bis 2000 Schilling oder mit Arrest bis zu sechs Monaten bestraft.

*

Hitler läßt durch Conti-Büro seine ganze Wut verbreiten, wenn es schreiben muß: „Der „Kampf der österreichischen Regierung gegen den Marxismus" erfährt durch den nunmehr erfolgten Beitritt der sozialdemokratischen Organisationen der Gendarmerie-, Polizei- und Zollbeamten zur sogenannten Vaterländischen Front eine treffende Kennzeichnung. Der Führer dieser marxistischen Organisationen, Bundesrat Schabes, bezeichnete es als „nichts Absonderliches", wenn man, um eine Verstärkung der Front gegen Deutschland zu bilden, der Vaterländischen Front beitrete, um damit die Republik kräftiger schützen zu können. Die

Zerbrecht die Ketten!

Die Geschlagenen von heute werden die Sieger von morgen sein!

In der ersten Nummer des „Neuen Vorwärts“ in Prag stand der folgende Leitaufsatz. Wir nehmen an, daß er die Auffassung der in Prag arbeitenden sozialdemokratischen Parteiführer vertritt. Wie man weiß, wird die Spannung zwischen der Führung in Prag und dem Rumpfparteivorstand in Berlin lebhaft erörtert. Wir sind überzeugt, daß der folgende Aufsatz zur sachlichen Fundierung der Aussprache sehr beitragen wird.

Ein Ruf erhebt sich, der Ruf der vergewaltigten und geknebelten deutschen Arbeiterklasse. Er sollte erstickt werden — man wird ihn dennoch hören. Wir werden sein Sprachrohr sein.

Brutaler Terror verhindert in Deutschland jede politische Tätigkeit. Wir erheben uns gegen die Tyrannei und rufen zum Kampf für die Freiheit.

„Der Marxismus ist tot, die Sozialdemokratie existiert nicht mehr!“ verkündet Hitler. „Der Marxismus lebt, der demokratische Sozialismus ist unsterblich!“ antworten wir.

Wir täuschen uns nicht über die Schwere der Niederlage, die wir erlitten haben, nicht über die Schärfe des bevorstehenden Kampfes. Aber wenn man uns zumutet, die Niederlage hinzunehmen oder auf den Kampf zu verzichten, so antworten wir: „Niemals!“

Die Geschlagenen von heute werden die Sieger von morgen sein.

Die Fortschritte der Arbeiterklasse nach dem Kriege, ihr verstärkter Einfluß in Reich, Ländern und Gemeinden, der Ausbau der Sozialpolitik, die Erhöhung des Lohnniveaus, die Zunahme sozialistischer Tendenzen in der Wirtschaft, alle diese Fortschritte, die von der Sozialdemokratie und den Gewerkschaften erkämpft worden waren, haben den verstärkten Widerstand der reaktionären Großkapitalisten und Großagrarier auf den Plan gerufen. Den Einfluß der Sozialdemokratie auf die Gestaltung von Politik und Wirtschaft zu brechen und die Masse des arbeitenden Volkes in den alten Zustand der Unfreiheit zurückzuwerfen, war ihr Ziel.

Bei diesen volksfeindlichen Plänen kam ihnen die furchtbare Wirtschaftskrise zu Hilfe. Sie brachte ihnen Bundesgenossen. Die Bauern, von Ueberschuldung bedroht, der gewerbliche Mittelstand, in seiner Selbständigkeit gefährdet, die Deklassierten aller Schichten, die Inflationsopfer, die Rentner, die aus dem Produktionsprozeß Ausgeschiedenen — sie alle erhoben sich zu einer verzweifelten Rebellion gegen den Staat. Rettung erhofften sie von der Nationalsozialistischen Partei, die ihnen alles versprach, was sie hören wollten. Ihr gaben sie die Massengrundlage für den Kampf um die Staatsmacht; in ihr formierten sie sich zu einem gegenrevolutionären Block.

Die deutsche Arbeiterklasse aber war in dieser gefährlichsten Zeit ihrer Geschichte gespalten und durch innere Kämpfe geschwächt.

Ein Teil von ihr unterstellte sich der kommunistischen Führung, die das Interesse der Arbeiter an der Verteidigung der Demokratie leugnete und mit den Feinden der Volksfreiheit gemeinsame Sache machte. Mag man über Fehler der sozialdemokratischen Politik so hart urteilen, wie man will — wir betrachten es nicht als unsere Aufgabe, sie abzustreiten — so bleibt doch die Tatsache bestehen, daß der Kommunismus ein einziges Verbrechen an der Arbeiterklasse und ein furchtbares Verhängnis für sie gewesen ist. Der Kommunismus hat den parlamentarischen Einfluß der Arbeiterbewegung gelähmt, er hat den Kampf um die Unorganisierten und Indifferenten erschwert, die Gewerkschaften geschwächt, das Spiel der Reaktion erleichtert. So erlag die Sozialdemokratie, mit ihr die Politik und die Arbeiterklasse, den anstürmenden gegenrevolutionären Kräften.

Der Faschismus trat die Herrschaft an. Er schreckte vor keinem Verbrechen zurück, um sie zu halten.

Der Brand im Reichstag bot der Regierung Hitler-Göring die erwünschte Gelegenheit, dem Volke eine beginnende kommunistische Revolution vorzutäuschen, an die in jenem Augenblick kein Mensch dachte. Wider besseres Wissen beschuldigte sie die Sozialdemokratische Partei der Teilnahme an der Brandstiftung. Mit solchen Lügen entfachte sie am Vorabend der Wahl den Paniksturm gegen den Marxismus. Sie verbot die Arbeiterpresse, vernichtete die Wahlfreiheit, sie bewaffnete die braunen Horden und stattete sie mit Polizeigewalt aus.

Die vom Reichspräsidenten, dem Reichskanzler und den Ministern beschworene Verfassung wurde als ein bloßer Fetzen Papier behandelt und in hundert Stücke zerrissen.

Alle kommunistischen Abgeordneten und zahlreiche sozialdemokratische wurden mit Gewalt an der Ausübung ihres Mandats gehindert. Dem terroristischen Rumpfparlament wurde ein Ermächtigungsgesetz vorgelegt, dem nur die Sozialdemokraten ihre Zustimmung versagten. Mit ihm wurde die Grundlage jeder gesicherten Staatsordnung beseitigt. Deutschland hat seitdem aufgehört, ein Rechtsstaat zu sein.

Das Recht der regierenden Partei, ihre Gegner zu töten, wurde öffentlich proklamiert. Ungezählte, die keine andere Schuld tragen, als die, Marxisten zu sein, fielen ihm zum Opfer. Männer und Frauen wurden in SA.-Kasernen nackt ausgezogen und blutig gepeitscht. Zehntausende in die Gefängnisse und die Konzentrationslager verschleppt, Frauen und Kinder wurden für flüchtige Männer als Geiseln genommen. Judenhetzen wurden veranstaltet, wie sie seit dem Mittelalter nicht mehr erlebt worden sind. Gelehrte von Weltruf wurden davongejagt, Bücher auf den Scheiterhaufen geworfen und verbrannt. Es war ein Versinken in Schande. Sie aber nannten es — „nationale Erhebung“.

Die regierende Partei begnügte sich damit nicht. Schonungslos unterdrückte sie auch die bürgerlichen Parteien, auch diejenigen, die töricht genug gewesen waren, ihr zur Macht zu verhelfen. Der Arbeiterbewegung aber raubte sie durch einen dreisten Handstreich ihr Vermögen, sie verwandelte die Gewerkschaften und die Konsumvereine in faschistische Zwangsorganisationen und vernichtete jede Selbstverwaltung und Selbstbestimmung. Sie betrachtete alles als ihre Beute, nicht zuletzt den Staat selbst, dessen Aemter sie — nach Zerstörung des Beamtenrechts — an ihre Anhänger verteilt und mit dessen Einnahmen sie nach Willkür waltet und schaltet.

Die nationalsozialistische Partei hat dem deutschen Volke seine Freiheit genommen. Was hat sie ihm gegeben? Was ist von ihren Versprechungen übrig geblieben?

Ihre Wirtschaftspolitik hat die Krise nicht gemildert, sondern verschärft. Sie hat

die Lebensmittel, das Brot, das Fett verteuert.

Ohne den Bauern zu helfen, belastet sie die Masse der Verbraucher. Sie schont den Großgrundbesitz. Für die Siedlung hat sie nur noch Worte.

Leichtfertig und jeder Kontrolle entzogen ist ihre Finanzpolitik. Mit ihren Steuerermäßigungen für Haus- und Grundbesitzer sowie für Käufer von Maschinen und Automobilen, mit ihren verschwenderischen Ausgaben für die nationalsozialistische Partei, für die Unterbringung immer neuer Beamter steuert sie in den Abgrund steigender Defizite. Ihre Handelspolitik zerstört den Export und macht es Deutschland unmöglich, seinen ausländischen Verpflichtungen nachzukommen. Dadurch wird der Kredit ruiniert und die Krise verschärft.

Arbeitsbeschaffung war versprochen. Eine Milliarde sollte für sie bereitgestellt werden. Die Mittel wird die Notenpresse liefern. Die Gefahr der Inflation rückt damit immer näher. Die geplanten Arbeiten sollen aber nicht von freien Arbeitern zu gewerkschaftlichen Bedingungen ausgeführt werden, sondern zwangsmäßig, durch einen militarisierten Arbeitsdienst. Das bedeutet für die gesamte Arbeiterschaft Vernichtung aller sozialen Errungenschaften. Rückfall in die schlimmste Lohnsklaverei.

Ist das die versprochene „Brechung der Zinsknechtschaft?“
Ist das der feierlich angekündigte „deutsche“ Sozialismus?

„Zerreißung der Ketten von Versailles“, hatte die Nationalsozialistische Partei vor ihrem Regierungsantritt versprochen. Nach ihrem Regierungsantritt hat sie ohne jeden Zwang aus freiem Willen den Friedensvertrag von Versailles um zehn Jahre verlängert. Sie hat den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund, sie hat Locarno und den Kelloggpakt ohne jeden Zwang feierlich bestätigt. Sie hat sich ohne jeden Zwang aus freiem Willen feierlich verpflichtet, die Außenpolitik Erzbergers und Rathenaus, Stresemanns und Hermann Müllers unverändert fortzusetzen. Aber sie hat sich an den besten Traditionen dieser Politik versündigt, indem sie dem schwachen Deutsch-Oesterreich die Peitsche zeigte, während sie vor dem starken Frankreich zurückwich. Es ist ihr auch nicht gelungen, die moralische Isolierung zu brechen, in die sie das deutsche Volk getrieben hat. Trotz ihrer Unterwerfung bleibt die außenpolitische Lage voller Gefahren.

Dieses System kann nur solange existieren, als es ihm gelingt, die Wahrheit zu unterdrücken. Denn es lebt allein von der Lüge.

Der Welt die Wahrheit zu sagen und dieser Wahrheit auch den Weg nach Deutschland zu öffnen, ist unsere Aufgabe.

Wir fordern Wiederherstellung des Rechts, Strafgericht über die Verbrecher, Wiedergutmachung des verübten Unrechts.

Wir sind uns aber auch dessen bewußt, daß die Freiheit des Volkes in Zukunft nur gesichert werden kann durch den schärfsten unerbittlichsten Kampf gegen die Feinde dieser Freiheit.

Es gibt keine wahre Demokratie ohne die Herrschaft der Arbeiterklasse! Es gibt keine wahre Demokratie ohne den Sozialismus! Darum fordern wir die Enteignung der Großkapitalisten und Großagrarier und den planmäßigen Umbau der kapitalistischen Wirtschaft zu einer sozialistischen.

Wir wollen eine starke, wahrhafte Volksherrschaft, die kämpfende Demokratie, die mit starker Hand alle Anhänger der Despotie und alle Gewaltorganisationen gegen die Freiheit unterdrückt.

Wir wollen die Sicherung des Rechts und der Freiheit für den einzelnen.

Wir wollen zur Sicherung der Lebensgrundlagen für alle Deutschen eine Eingliederung der deutschen in die europäische Wirtschaft.

Wir wollen nicht den Krieg — wir wollen den Frieden!

Wir erklären, daß wir die Verantwortung für unser Tun allein tragen, und daß keine Organisation oder Körperschaft in Deutschland dafür mit verantwortlich gemacht werden kann. Wir stellen unser Verhältnis zu unseren Genossen in Deutschland auf den Boden vollkommenster Freiwilligkeit. Niemand ist durch Parteidisziplin verpflichtet, sich zu uns zu bekennen. Wer es dennoch tut und an unserm Werke mithilft, wird schwere Gefahren auf sich nehmen und harte Opfer bringen müssen. Aber diese Opfer für die Freiheit und den Sozialismus werden nicht umsonst gebracht sein!

Wir rufen zum Kampf, der dem deutschen Volke seine Ehre und seine Freiheit, der Arbeiterklasse ihre schwer errungenen und nur vorübergehend verloren gegangenen Rechte wieder bringen wird. Im Kampfe werden sich neue Formen des Kampfes bilden, werden sich neue Kämpferscharen formieren, werden neue Führer auferstehen. Ihnen den Weg zu bahnen, betrachten wir als unsere Pflicht.

Auf neuen Wegen zum alten sozialistischen Ziel! Zerbrecht die Ketten! Vorwärts!

Die Frau im Dritten Reich

Die nationalsozialistische Gewaltdiktatur, die den Rechtsstaat zertrümmerte, die freien Gewerkschaften und Konsumgenossenschaften vernichtete, trifft mit doppelter Härte die proletarischen Frauen, die nunmehr nicht nur der brutalen Klassenherrschaft, sondern gleichzeitig auch der ausschließlichen Männerherrschaft im Dritten Reich ausgeliefert sind. Gehört doch neben dem Rassendünkel auch der männliche Geschlechtsdünkel zu den heiligsten Gütern der nationalsozialistischen Postenjäger. War ihnen der wachsende Einfluß der Frau in Staat und Verwaltung in der demokratischen Republik ein Dorn im Auge, so brauchen sie sich jetzt bei der faschistischen Vermännlichung des Staats- und Verwaltungsapparates keine Beschränkungen aufzuerlegen. Im Rahmen der allgemeinen politischen Volksknebelung sind die im Daseinskampf ringenden Frauen doppelt entrechtet und entmündet. Hat doch die politische Einflußlosigkeit des weiblichen Geschlechts, wie die Geschichte lehrt, auch die geschlechtliche Unterdrückung der Frau auf allen Lebensgebietne zur Folge.

„Alles für euch, ihr Mütter und Mädels“ lautete die Ueberschrift eines Wahlaufrufes, den der „Völkische Beobachter“ am 2. März d. J. in großer Aufmachung veröffentlichte. Man buhlte in demagogischen Hochtönen um die Frauenstimmen — zum letztenmal, wie man selbst zugab — und sparrte nicht mit den verlockendsten Verheißungen des Frauenglücks im Dritten Reich: Arbeit und Brot für die Männer, ein sorgenloses Hausfrauendasein und ungetrübtes Mutterglück für die Frauen.

Diese Daseinsfreuden sollten die Frauen durch Preisgabe jeglicher politischer Einflußmöglichkeit erkaufen. Mit rührendem Idealismus und Opfermut forderten die nationalsozialistischen Männer die Frauen auf: „Wählt Männer, werft eure Kümmernisse, eure Plagen, euren Jammer, eure Nöte auf den Mann!“ (Völkischer Beobachter, 2/III.) In der Tat, mit welch erstaunlichem Eifer haben die nationalsozialistischen Männer nach den Märzwahlen die Kümmernisse und Plagen der Ministerposten, der Kommissarstellungen und sämtlicher Staatspfründen auf sich geladen. Daß sie dadurch ihren Ehefrauen ein recht sorgenloses Hausfrauendasein ermöglichen, wird niemand bestreiten, aber was bieten sie den Frauenmassen, die im schwersten Daseinskampf ringen?

Diese brutale Männerregierung hat mit höchster Eile den hunderttausenden Hausangestellten die Arbeitslosenunterstützung geraubt und sie dadurch in wehrlose Hausklavinnen verwandelt. Die Hausangestellte, die keinen Anspruch mehr auf Arbeitslosenunterstützung hat, kann dem äußersten Lohndruck nicht den geringsten Widerstand entgegensetzen. Daher forderten auch seit langem die Arbeitgeberinnen, die bürgerlichen Hausfrauenvereine, die Beseitigung der sozialen Beiträge. Diese Forderungen hat die Hitler-Regierung vollauf befriedigt, indem sie auch die Senkung der Krankenkassen- und der Invalidenbeiträge, also auch der entsprechneden sozialen Leistungen für die Hausangestellten in Aussicht stellt. Wenn der Reichsarbeitsminister in seinem Appell an die Hausfrauen sich deren Argumente gegen die Sozialversicherung der Hausangestellten bedient, indem er hervorhebt, daß die Sozialbeiträge 30 bis 50 Prozent des aBrlohnes ausmachten, so bestätigt er damit nur, wie tief der Barlohn der Hausangestellten bereits gesunken ist. Gibt es doch genug echt vaterländische Hausfrauen, die ihren Hausangestellten heute zehn bis fünfzehn Reichsmark Monatslohn gönnen; nur bei einer so miserablen Entlöhnung können die Sozialbeiträge für Hausangestellten, die 12,5 Prozent des Gesamtlohnes betragen sollen, 50 Prozent des Barlohnes erreichen. Durch den Entzug der Arbeitslosenunterstützung sind die Hausgehilfinnen nunmehr den Ausbeutungsgelüsten der Arbeitgeberinnen vollauf preisgegeben.

Ist dem Reichsarbeitsminister bekannt, daß 80 Prozent der Prostituierten in Deutschland sich aus Hausangestellten rekrutieren?

Wer die Hausangestellten aus der Sozialversicherung ausschaltet, fördert dieses frauenschändende Gewerbe. Und gerade dieses Verdienst blieb den „sittlichen Erneuerern“ vorbehalten.

Daß die Arbeitslosigkeit der Hausangestellten durch den Wegfall der Sozialbeiträge angeblich gelindert werden soll, erscheint vollends ausgeschlossen, nachdem der Reichswirtschaftsminister Hugenberg im Interesse der Großagrarier die Ernährung immer mehr verteuert. Nach dem Preisaufschwung der Fette, folgt jetzt die Milchverteuerung infolge der künstlichen Preissteigerung der Futtermittel. So nimmt die faschistische Regierung den proletarischen Hausfrauen ihre „Plagen und Nöte“ ab, nachdem sie nicht mehr um die Frauenstimmen zu buhlen braucht.

Aber das faschistische Männerregime überläßt den Frauen neidlos nur die Stellung der Hausklavin, der „Magd und Dienerin“. Aus allen irgendwie besser gestellten Posten und Arbeitsplätzen sollen die Frauen zugunsten männlicher Anwärter verdrängt werden. Dieser Verdrängungsprozeß, der bereits alle höheren Frauenberufe erfaßte, soll nach den neuesten Maßnahmen der Hitler-Regierung gegen die weiblichen Angestellten sich richten. Die faschistische Parole lautet: „Ueberführung weiblicher Arbeitskräfte in die Hauswirtschaft“. Das ist die amtliche Formulierung in dem sogenannten Arbeitsbeschaffungsgesetz, das neben Steuergeschenken den Arbeitgebern eine Verbilligung der weiblichen Arbeitskraft bringt. Dies geschieht in der Weise, daß weibliche Angestellte in „gewerbliche Hausgehilfinnen“ umgetauft werden, für die, wie jetzt für die Hausangestellte, keine Arbeitslosenbeiträge zu leisten sind und denen die Arbeitslosenunterstützung ebenfalls geraubt wird. Für die stärkere Verwendung der sozial entrechteten „gewerblichen Hausangestellten“ weiblichen Geschlechts erhalten die Arbeitgeber einkommensteuerlich Vergünstigungen in der Höhe wie bei

Emile Vandervelde, belgischer Ministerpräsident a. D.:

Der Sozialismus wird siegen!

Ist die Internationale tot? — Es lebe die Internationale!

Die Internationale stirbt, die Internationale ist tot . . . das ist das Leitmotiv, das sich seit dem 5. März in der Rechtspresse breit macht.

Im Pariser „Temps" vom 4. Mai, wenige Tage nach der großen Parade vom 1. Mai in Deutschland, der in eine nationalistische Manifestation umgefälscht wurde, war zu lesen:

„Das Hitlersche Experiment, auch wenn es letzten Endes scheitern wird, wird doch eine tiefe Aenderung in der Politik hervorrufen: Bereits durch die Tatsache, die es gezeigt hat, mit welcher Leichtigkeit es die Sozialdemokratie zerschlagen hat, die bisher in der sozialistischen Bewegung Europas führend war. Die Arbeiterpartei hat in England eine Niederlage erlitten, der Sozialismus ist in Deutschland zugrunde gegangen, er ist ausgerottet in Rußland und vertrieben aus Italien und er hat keinen Einfluß in der amerikanischen Demokratie. Das bedeutet einen Wendepunkt in der Entwicklung, auf den die Völker aufmerksam gemacht werden müssen."

Aufmerksam? Wer wird es leugnen?

Ja, die Arbeiterpartei hat in England eine Niederlage erlitten, und es war eine große Freude für die Kapitalisten der ganzen Welt, als die Ebbe der Wählerstimmung die Mandate der Partei Macdonalds von 288 auf 51 Mandate verminderte und Macdonald selber am Vorabend der Wahl aus seiner Partei desertierte. Aber die Sachkundigen wissen doch, daß das Gros der Kaders der Arbeiterpartei auch 1931 intakt geblieben ist, und — die Ergebnisse der Nachwahlen beweisen das — wenn es morgen zu allgemeinen Wahlen in England käme, so würden mehr als 200 Sozialisten in das Parlament einziehen.

Und wie steht es mit anderen Feststellungen des „Temps"? Welches ist ihr wirkliches Gewicht?

Der Sozialismus, oder richtiger zu sagen die sozialistische Demokratie ist ausgerottet in Rußland; aber allerdings auch ganz andere Dinge, die den Liberalen aus dem „Temps" sicher sehr lieb sind, sind dort vernichtet worden und die Anhänger der bürgerlichen Ordnung — empfinden sie wirklich eine Befriedigung darüber, daß im sechsten Teil der Welt eine rote Diktatur allen Angriffen Widerstand leistet und ein gewaltiges Gegengewicht gegenüber allen nationalistischen Diktaturen in Mitteleuropa bildet?

Der Sozialismus ist aus Italien vertrieben worden, aber das Beispiel Spaniens — zeigt es etwa nicht, daß an dem Tage, als die Diktaturen zusammenbrechen, es nicht nur Monarchisten und Rechtspolitiker sind, die ihre Nachfolger werden?

Der Sozialismus hatte bisher keinen Einfluß auf die amerikanische Demokratie. Aber der „Temps" hat selber anläßlich der letzten Präsidentschaftskampagne in Amerika feststellen müssen, daß, wenn auch Roosevelt als dem hoffnungsreichsten Gegner Hoovers die Stimmen zufielen, die Herzen waren bereits für den populärsten unter den Kandidaten, den Sozialisten Norman Thomas.

Und ist es etwa eine unwichtige Tatsache, daß andererseits, „innerhalb der Grenzen der europäischen Freiheit", in allen Ländern von West- und Nordwesteuropa, in der Schweiz, in Belgien, in Frankreich, der Sozialismus und eben der internationale Sozialismus sich im Aufstieg befindet.

Vergessen wir auch Oesterreich mit dem roten Wien nicht, und die Tschechoslowakei des Präsidenten Masaryk, diese vorgeschobenen Posten der Demokratie und des Sozialismus in Mitteleuropa.

Aber man würde sagen: Was bedeuten schon diese Tatsachen in der Bilanz des Schicksals, angesichts der Katastrophe, die über den Sozialismus in Deutschland gekommen ist?

Es bleibt, daß das Dritte Reich gesiegt hat, das Deutschland Goethes, Marx' und Einsteins den Bestien ausgeliefert ist, daß alle bürgerlichen Parteien, die sich zur Demokratie bekennen, zunichte geworden sind, daß das katholische Zentrum, das sich einst vor Bismarck nicht gebeugt hat, heute schändlich vor Hitler kriecht, daß die proletarischen Parteien gegen sich selbst tödlich gespalten, zur gemeinsamen Machtlosigkeit verurteilt und ins gemeinsame Verderben abgestürzt sind. Die Wiener „Arbeiterzeitung" hat vor kurzem ergreifend geschrieben, was es für eine Partei, die noch vor kurzem die stärkste Partei Deutschlands und die größte Partei der Welt gewesen ist, bedeutet, daß ihr Rüstzeug durch die brutale Gewalt zerschlagen, ihre Lokale geschlossen, ihre Presse außerhalb des Gesetzes gestellt, ihr Eigentum durch die bewaffnete Hand gestohlen und konfisziert wird, diese Zerschlagung aller Mittel der legalen Aktion, aller Möglichkeiten der offenen Arbeit.

Müssen wir vielleicht, angesichts dieses Zusammenbruches verzagen? Denen, die heute fragen, ob diese furchtbare Zerstörung überhaupt noch wieder gut zu machen ist, und ob man nicht mindestens Generationen brauchen wird, bis sich das sozialistische Deutschland wiederum erhebt, allen denen werde ich mit der Berufung auf eine einzige Tatsache antworten:

Auch wir in Belgien haben den Zerstörungswahn des deutschen Nationalismus kennen gelernt. Die, die heute unter Hitler wüten, sind noch dieselben Gewaltmenschen, oder deren Söhne, die bei uns in Belgien in den Jahren der Okkupation 1914—1918 gewütet haben. Und es soll dabei gesagt werden, daß diejenigen Belgier, die heute den deutschen Sozialisten Passivität vorwerfen und, wie unser Außenminister, soweit gehen, sie der Feigheit zu bezichtigen, sich doch daran erinnern müssen, daß während der vier todbringenden Jahre des Krieges die zivile und waffenlose Bevölkerung Belgiens, den Haß in den Herzen verborgen, auch gezwungen war, unter dem Schwert der Eroberer passiv zu bleiben.

Ich war damals, während dieser schweren Prüfung außerhalb des Landes, auf meinem Posten. Mit kurzen Unterbrechungen erhielt ich Geheimberichte, die mir sagten, daß die Arbeiterpartei, wie auch die anderen Parteien verboten, das Vermögen der Gewerkschaften konfisziert oder vernichtet, daß unsere Zeitungen aufhören zu erscheinen, daß die besten unserer Kämpfer verhaftet, eingekerkert, ausgewiesen, wenn nicht gar erschossen sind. Und manchmal, in den schwarzen Stunden des Exils habe ich mir gesagt, daß der Rest meines Lebens doch nicht ausreichen wird, um die Stücke von dem zusammenzulesen, was früher unser Stolz war.

Aber — kaum waren die letzten deutschen Soldaten über die Grenze zurückgezogen, da überströmte eine sozialistische Welle das Land, die Arbeiterschaft richtete sich wieder auf, und unsere Organisationen, die man schon für immer für zerstört halten konnte, wuchsen zu einem neuen Leben empor, stärker, zahlreicher und nach wenigen Monaten auch reicher, als sie je zuvor waren.

Diesen Aufstieg in meiner Erinnerung wieder herstellend, stimme ich dem „Temps" zu, daß dieses dunkle Jahr 1933 doch einen Wendepunkt in der Geschichte Europas und der Welt bedeutet. Vielleicht wird er den Anfang einer Epoche einleiten, in der die Katastrophen von gestern durch die noch schrecklicheren Katastrophen von morgen überholt werden, und trotzdem habe ich den unbesiegbaren Glauben an die Zukunft des Sozialismus, der Demokratie, und der Internationale!

In der Zeit, als es noch revolutionär war, hat das Christentum über seine Verfolger gesiegt, und so wird es auch dem Sozialismus ergehen. Die Stunde der Vergeltung wird kommen!

Ley wirft die Christen heraus!

„Alle Vereine, auch katholische und evangelische Arbeitervereine sind als Staatsfeinde zu betrachten! - Ihre Dienststellen werden von Nationalsozialisten besetzt!

Dank für Gleichschaltung!

Berlin, 22. Juni. Der Zeitungsdienst teilt folgende Verfügung des Führers der Deutschen Arbeitsfront mit:

„Mit der Bildung dr Deutschen Arbeitsfront sollte der Vielheit der Arbeitnehmer- und Unternehmerorganisationen gegenübergetreten werden. Nicht allein sollte damit der letzte Unterschlupf des Marxismus getroffen werden, sondern es sollte auch die unglückselige Zerklüftung der deutschen Arbeitsmenschen behoben werden. Kleinliche und eigensüchtige Subjekte wollen diese große revolutionäre Tat nicht anerkennen und versuchen, mit Nachbildungen und Selbsthilfeorganisationen diese Arbeit zu schwächen. Es ist der Wille des Führers, daß außer der Deutschen Arbeitsfront keinerlei Organisationen mehr, weder der Arbeitnehmer, noch der Arbeitgeber, existieren. Ausgenommen sind der ständische Aufbau und Organisationen, die einzig und allein der Fortbildung im Berufe dienen.

Alle übrigen Vereine, auch sogenannte katholische und evangelische Arbeitervereine, sind als Staatsfeinde zu betrachten, weil sie den großen Aufbau hindern und hemmen. Deshalb gilt ihnen unser Kampf, und es ist höchste Zeit, daß sie verschwinden.

Der Nationalsozialismus handelt kraft seiner Stärke großmütig, jedoch wird dieses Handeln hier und dort von seinen kleinen Gegnern als Schwäche ausgelegt. So glaubte der Nationalsozialismus, auch den christlichen Gewerkschaften und anderen bürgerlichen Gruppen gegenüber großmütig sein zu können. Diese Tat wurde mit Undank und Illoyalität beantwortet. Hierzu kommt, daß sich in den vorstehenden Verbänden bezüglich Kassen- und Wirtschaftsangelegenheiten große Korruption herausgestellt hat. Aus dieser Erkenntnis heraus verfüge ich folgendes:

Alle Dienststellen der Christlichen Gewerkschaften und der Angestelltenverbände sind mit Nationalsozialisten zu besetzen. Die Mitglieder des Großen Arbeitskonvents der Deutschen Arbeitsfront: Bernhard Otte, Friedrich Baltrusch, Dr. Theodor Brauer, Franz Behrens sowie die bisherigen Führer der Christlichen Gewerkschaften (Stegerwald, Imbusch und andere) werden von mir aus der Deutschen Arbeitsfront ausgestoßen. Sie dürfen selbstverständlich keinerlei Amt führen, und es ist hiermit allen Dienststellen der Deutschen Arbeitsfront verboten, irgendwelche Verhandlungen mit diesen Leuten zu führen. Hierdurch soll dokumentiert werden, daß jeder, der es wagt, den großen revolutionären Aufbau unserer Nation anzutasten, für alle Zeiten geächtet wird."

(gez.) Dr. Robert Ley.

---

einem minderjährigen Kinde. Auf diese Weise will die faschistische Männerdiktatur die weiblichen Angestellten aus ihren arbeitsrechtlich geschützten Stellungen in die Hausindustrie abschieben, wo die Frauen bekanntlich erbarmungslos ausgebeutet werden. Das ist die Folge der Faschisierung der freien Gewerkschaften, die auch die Arbeitnehmerinnen in ihren Rechten schützten. Dagegen hat der Nationalsozialist Stöhr, der Leiter des Amtes für soziale Fragen in der Deutschen Arbeitsfront, jetzt den Befehl erteilt, daß an Stelle von Mädchen oder Frauen in den Kontoren und Läden männliches Personal eingestellt werde. So nehmen die Herrenmachter den proletarischen Frauen ihre Kümmernisse, Plagen und Nöte ab. Großzügig liefern sie dieselben der rücksichtslosesten Ausbeutungsgier in der Hausindustrie als Dienstboten und in der Landwirtschaft aus. Diese Arbeitsgebiete mit unbegrenzter Arbeitszeit, mit miserabelster Entlöhnung werden als „die natürliche Domäne der Frauenarbeit" hingestellt. In Wirklichkeit sind die hauswirtschaftlichen Betriebe, in die die Nationalsozialisten die Frauen abschieben, die Stätten, wo die Frauen ungeheuerlich überlastet werden, wo ihre Gesundheit am stärksten untergraben, ihre Mutterfunktion besonders gefährdet wird. Nach statistischen Erhebungen ist die Kränklichkeit und Sterblichkeit der in der Landwirtschaft beschäftigten Frauen viel größer als bei den entsprechenden Männern. Es gilt vielfach noch das alte Sprichwort: „Ob groß oder klein der Betrieb, die Frau ist das dritte Pferd."

Dieses Berufsschicksal gönnen die Nationalsozialisten allen arbeitenden Frauen, die sie in die „landwirtschaftlichen Betriebe" hineinzwängen wollen. Das Lasttier im Existenzkampf und das fünfte Rad im Staats- und Verwaltungsapparat das ist das Los der proletarischen Frau im Dritten Reich!

Ida Grüning.

Im Exil gestorben

Claudio Trèves wird begraben — Ein Trauergeleite von Emigranten — Deutsches Reichsbanner im Zuge

Paris, im Juni 1933.

Politische Emigrationen aus mehr als zehn Länder fanden Zuflucht in dieser Stadt, die eine Welt für sich bedeutet.

Russen und Italiener, Polen und Ungarn, Türken und Jugoslaven, Tausende deutscher Republikaner und Sozialisten, sie alle, die verfolgt von ihren politischen Gegnern die Heimat verlassen mußten, eint in dieser ihnen letztlich fremden Stadt eines: Die Heimatlosigkeit.

Am Rande der Weltstadt wohnen sie, durch ein unsichtbares Band, Ihre Schicksalsgemeinschaft miteinander verknüpft.

Sie trauern, die Emigranten in Paris. Sie trauern um einen der Besten, den ein grausames Geschick allzufrüh ihnen entrissen hat, sie trauern um Claudio Treves.

Zum zweiten Male in kaum Jahresfrist hat das Schicksal die italienischen Antifaschisten, jene starke Gruppe im Emigrantenmilieu von Paris, ihres Führers beraubt. Vor einem Jahre verloren sie Filippo Turati, jetzt ist ihnen Treves genommen worden. Den toten Führer werden seine Jüngeren ersetzen. Aber unersetzbar ist der Verlust des Freundes, des Menschen, des Sozialisten Treves.

Claudio Treves starb, wie die meisten Proscribierten sterben, still und einsam. Das kleine Hotelzimmer im Osten von Paris, das der Flüchtling Treves bezog, als er sein Vaterland verlassen mußte, wurde sein Sterbezimmer und seine Totenkammer.

Claudio Treves wurde bestattet, wie nur die ganz Großen bestattet zu werden pflegen. Nicht als ob äußere Pracht seinen letzten Weg begleitet hätte. Nein. Ein Bündel glühend roter Nelken war der einzige Schmuck des Sarges. Aber ein Leichenzug, wie selbst die Welt Paris ihn selten sieht, folgte dem Sarg.

Viktor Basch, der Kämpfer für die Menschenrechte und Friedrich Adler, den die Internationale von Zürich her entsandte, Paul Faure, der Führer der französischen Parteigenossen, Pietro Nenni, sie alle wanderten stundenlang an der Seite ihres toten Freundes durch die Straßen der Riesenstadt.

Ihnen folgten hinter den roten Bannern, die sie vor dem Faschismus retten konnten, die Italiener in langen Reihen. Dann kommt ein großes Transparent, das den Tausenden, die die Pariser Straßen füllen, den deutschen Sozialistengruß „Freiheit" entbietet. Und hinter diesem Transparent marschieren festen Trittes in ihrem grünen Hemde Reichsbannerleute den Hunderten deutscher Kameraden und Genossen voran, die sich dem Leichenzuge eingereiht haben.

Draußen am Friedhof Pere Lachaise, der so vielen Kämpfern letzte Ruhestätte ist, sprechen Viktor Basch, Friedrich Adler und Paul Faure Abschiedsworte für den toten Freund und Kampfgenossen. Modigliani aber bringt in Worten der leidenschaftlichen Liebe und Verehrung das Wollen und das Tuen dessen, auf den die Flamme wartet, so nahe, daß Tränen über die Wangen harter Männer rollen.

Ein Wille aber beherrscht sie alle, die draußen weilen unter den Gräbern: Der Wille, die Fackel des Kampfes weiterzutragen. Der Wille, sie nie verlöschen zu lassen. Der feste Wille, der unbeugsame Wille, die dunkle Nacht der Unfreiheit zu durchwandern, so lange sie auch dauern mag. Der eiserne Wille, den Tag der Freiheit zu erkämpfen, der Freiheit für alle, die in politischer und wirtschaftlicher Knechtschaft schmachten!

E. Meyer.

Deutsche Stimmen

Feuilletonbeilage der „Deutschen Freiheit" ★ Ereignisse und Geschichten

Ein Arzt ruft die Aerzte an

Psychiater aller Länder — an die Front!

Ein deutscher Mediziner schreibt uns:

In aller Herren Länder, von Deutschland ganz abgesehen, schweigen zur Zeit diejenigen Personen, die am meisten zu reden berufen wären: die Psychiater. Gar manchem Urteilsfähigen ist es längst klar, daß es, wenn auch teilweise hoch- ja genial begabte Verbrecher mit krankhaftem, oder Kranke mit verbrecherischem Einschlag sind, die die Volks- und Massenpsychose tierhafter Grausamkeit in Deutschland aufgepeitscht und hochgezüchtet haben. Aber die dahingehende wissenschaftliche Feststellung — klar und mutig offengelegt vor aller Welt — fehlt. Den die Psychiater aller Länder schweigen.

Nun ist zuzugeben, daß es nicht leicht ist, diese wissenschaftliche Feststellung zu treffen. Weder Hitler noch Göring, weder Göbbels noch Rudolf wird sich zu einem Psychiater begeben, damit dieser in die Abgründe ihrer Seele hinableuchtet und ein eingehendes wissenschaftliches Gutachten über sie abgibt. Aber gleichwohl: ihre Taten liegen klar zu Tage. Die Psychiater der ganzen Welt müßten in der Lage sein, ein in allen Einzelheiten scharf und klar umrissenes Krankheitsbild festzustellen. Sie müßten wenigstens in großen Umrissen zu der Erkenntnis gelangen können, daß bei allen in Betracht kommenden Machtsadisten es sich um einen eminent krankhaften Zustand handelt, der die freie Willensbestimmung ausschließt oder doch gewaltig vermindert.

Diese Feststellung — einmütig getroffen von allen psychiatrischen Autoritäten der Welt — wäre von einer ungeheuren und überaus segensreichen politischen Tragweite.

Ohne daß ein blutiger Krieg in Frage käme, könnten — und müßten — alle Länder der Erde dem deutschen Volke zwar mit äußerster Bestimmtheit, aber auch mit vollendeter Höflichkeit erklären, daß sie alle Regierungshandlungen der Hitlerherrschaft, insbesondere alle staats- und völkerrechtlichen Handlungen dieser Regierung als null und nichtig, als vollkommen rechtsunwirksam erachten. An der Berechtigung dieser Maßnahme könnte auch nicht der leiseste Zweifel obwalten. Wenn schon auf dem Gebiete des Zivilrechts und des Strafrechts jede krankhafte Störung der Geistestätigkeit die Gültigkeit von Rechtshandlungen bzw. die Verantwortlichkeit der Täter entscheidend beeinflußt, so muß es zur Ungültigkeit und Rechtsunwirksamkeit beispielsweise eines Kabinettsbeschlusses der Reichsregierung schon genügen, wenn unter denen, die an diesem Beschlusse mitgewirkt haben, nach dem übereinstimmenden Gutachten von Sachverständigen aus aller Herren Ländern auch nur ein einziger sich befindet, dessen Persönlichkeit einen starken psychopatischen Einschlag erkennen läßt.

Es ist daher das dringendste Gebot der Stunde, daß die Psychiater aller Länder sich zusammenscharen, um in eingehendster Weise die Regierungshandlungen der einzelnen Machthaber des Hitlerkabinetts laufend unter die wissenschaftlich-kritische Lupe zu nehmen und die Ergebnisse ihrer Forschung etwa in einer ad hoc zu gründenden und wöchentlich erscheinenden internationalen Zeitschrift ständig der Welt bekannt zu geben. Diese könnte an diesen Ergebnissen objektiv-wissenschaftlicher Forschung nicht vorübergehen. Sie wäre vielmehr in stärkstem Maße verpflichtet, sie zu beachten und sich vor ihnen zu beugen. Die Konsequenzen könnten ungeheuer und noch nicht dagewesen sein; sie wären aber auch ebenso ehern notwendig.

Mit der verbindlichsten Geste könnten und müßten alle Völker der Erde Deutschland erklären:

„Mein liebes Deutschland, gegen dich haben wir auch nicht das allergeringste und denken gar nicht daran, uns in einen Krieg mit dir einzulassen. Aber deine leitenden und verantwortlichen Staatsmänner sind nach der übereinstimmenden Ansicht maßgebender Psychiater der ganzen Welt in Wahrheit nicht einmal für ihre persönlichen Alltagshandlungen verantwortlich, geschweige denn für Staats- und Regierungsgeschäfte von weittragender Bedeutung. Wir müssen sie daher zu unserem Bedauern vollkommen ausschalten. Irgendwelche Abmachungen staats- und völkerrechtlichen Inhalts mit ihnen zu treffen, müssen wir mit stärkster Entschiedenheit ablehnen, da diese jeder rechtlichen Wirksamkeit entbehren würden.

Du hast also selbstverständlich nur die Wahl, aus der Weltbindung vollständig ausgeschlossen zu sein, also ein Glied in der Kette der Völker überhaupt nicht dazustellen, oder schleunigst deine schwer krankhaften leitenden Staatsmänner durch gesunde und normale zu ersetzen." — — —

Ein solches Vorgehen wäre ein in der Weltgeschichte noch nicht dagewesenes Ereignis von unerhörter Tragweite. — Aber es wäre ganz einfach von keiner Seite etwas dagegen zu machen, am allerwenigsten von seiten Deutschlands. Im Gegenteil: gerade dieses müßte zur Besinnung kommen. Und es würde ihm vielleicht zum ersten Male dämmern, daß es selbst erkrankt und von einer schweren Psychose befallen ist — angesteckt und zutiefst infiziert vom Zustand seiner Führer.

Das aber wäre schon die beginnende Heilung!

Aeskulap.

Beckerle schreibt einen Brief

...„und dieselben nicht entfernt werden."

In deutschen Kino-Theatern wird gegenwärtig ein schlechter Nazi-Film, er heißt „SA.-Mann Brand", gedreht. Dabei kam es in Frankfurt zu einem Skandal. SA. verließ einhellig das Lokal mit der Begründung, daß draußen ein Reklameplakat hänge, das von einem polnischen Maler stamme. Jetzt hat die „Frankfurter Zeitung", die diese Nachricht brachte, folgenden Brief erhalten:

An die Schriftleitung
der „Frankfurter Zeitung.

„Sie schreiben in Ihrem Bericht über den Besuch des Gloria-Palastes anläßlich der Uraufführung des Filmes „SA.Mann Brand", daß Gruppenführer Beckerle erklärt habe, daß der Besuch des Filmes durch SA.-Männer unterbleiben werde, solange die Reklame-Plakate durch einen polnischen Maler angefertigt seien. — Ich bitte das umgehend und deutlich zu berichten. — Die SA. wird vielmehr den Film solange nicht besuchen, solange die Reklame-Plakate von einem jüdischen Maler gezeichnet sind und dieselben nicht entfernt werden. Es dürfte an sich eine Selbstverständlichkeit sein, daß der Besuch des an sich hervorragenden Filmwerkes, das den Kampf, den Opfermut und die Todesopfer der SA. zum Gegenstand der Darstellung hat, durch SA.-Männer unterbleiben muß, solange Juden in irgend einer Form dabei mitwirken.

Der Führer der Untergruppe (Gausturm) HNS.
A. H. Beckerle,
Gruppenführer.

Juden durften nur wo anders „mitwirken". Auf den Schlachtfeldern, um für Deutschland zu sterben, zu einer Zeit, als die Mitglieder dieses Gausturmes noch Hosenmatze waren. Solche Briefe aber müssen heute die deutschen Zeitungen in der Haltung von Untergebenen entgegennehmen, ohne ein Wort dazu schreiben zu können!

Garn - gleichgeschaltet, gleichgewickelt

Der Reichswirtschaftsminister hat, wie das VdZ.-Büro meldet, eine Aufforderung an die Fahnenfabriken gerichtet und gebeten, seine Bestrebungen dadurch zu unterstützen, daß bei Bestellungen nationaler Flaggen in erster Linie solche Fabriken bevorzugt werden, die deutsche Garne verwenden. Der preußische Innenminister hat die Gemeinden gebeten, bei der Beschaffung von nationalen Flaggen in gleichem Sinne zu verfahren. („Frankfurter Zeitung" vom 15. d. M.)

Buchhändler sehen Dich an!

„Heil! Heil!"

Am 14. Mai tagte in Leipzig die Hauptversammlung des Börsenvereins der deutschen Buchhändler. Es erfolgte auf dieser Tagung die Gleichschaltung und Umstellung unter dem harten Diktat des Propagandaministers. Die Buchhändler, im Herzen entsetzt und mit Recht um das Geschäft bangend, schluckten den Index für das wertvollste deutsche Schrifttum und beteuerten unentwegt, daß sie sich mit Wollust ans Hakenkreuz schlagen ließen. Einige Lesefrüchte aus dem stenographischen Bericht, veröffentlicht in Nr. 136 (15. Juni) des Börsenblatts für den deutschen Buchhandel:

„Die Reichsregierung erwartet von uns ..."

Vorsteher **Dr. Friedrich Oldenburg** (München):

„Ich glaube, die Reichsregierung erwartet von uns, daß wir uns bei der Arbeit, die nun zu leisten ist, an die Spitze stellen und um dem Ausdruck zu geben, meine sehr verehrten Kollegen und Kolleginnen, bitte ich Sie, zunächst sich von den Sitzen zu erheben und mit mir einzustimmen in den Ruf: Unserem Führer Adolf Hitler, unserm Vater des Vaterlandes Hindenburg, unserm Deutschland Sieg-Heil! — Heil! — Heil! (Die Versammelten haben sich während der letzten Worte erhoben und stimmen begeistert in die Heil-Rufe ein.)"

Eine Wunderblume blüht

Ehrenmitglied **Dr. Robert Voigtländer**: „Mein hohes Alter hindert mich, an dieser Versammlung persönlich teilzunehmen. Ich muß mich begnügen, Ihnen allen in alter Verbundenheit meinen herzlichen Gruß zu senden. Die Sehnsucht nach Einigkeit aller Deutschen, die ja in mehr als hundert Jahren der Leitgedanke auch des Börsenvereins gewesen ist, scheint endlich Wirklichkeit werden zu wollen wie eine erblühende Wunderblume. Mögen alle hier zu wichtiger Verhandlung Versammelten von diesem kung. kommenden Geschlechtern zur Nacheiferung! (Lebhaftes Bravo und Händeklatschen.)"

„Wir sind's vom Militär gewöhnt"

Dr. Friedrich Oldenburg: „Ich darf Ihnen versichern, daß der Gesamtvorstand wie er hier vor Ihnen sitzt, in den letzten Wochen das Gefühl gehabt hat, daß er Kriegsdienst leistet, und daß man ihm diese Wochen eigentlich doppelt anrechnen müßte. (Händeklatschen.) Aber ich würde es würdelos und töricht finden, wenn ich Ihnen nun eine schöne Geschichte erzählte, wie das alles war, wie es alle fünf Minuten wieder anders wurde, und wie wir mit allen Fibern uns bemühten, die Kräfte für unsere Sache zu gewinnen, die nun einmal heute die treibenden sind und deren leitende Persönlichkeiten — man darf wohl sagen: — bis zum Zusammenbrechen überlastet sind. Wir haben vor Türen gewartet; aber — Sie werden es Ihrem Ersten Vorsteher glauben; er hat es ja schon beim Militär gelernt — wir haben schließlich diese Wochen hinter uns gebracht und stehen — ich möchte es Ihnen ruhig sagen: — fröhlich am Ende. (Bravo!)"

Marschieren muß der ganze Buchhandel!

Dr. Ernst Vorteler: Wir können wohl einige Richtlinien geben; aber — ich möchte es nochmals sagen: — marschieren muß der ganze Buchhandel, und daß er dies vertrauensvoll kann, das ist dadurch gesichert, daß diesen vier Männern ein Vertreter des Reichsministeriums für Volksaufklärung und Propaganda zugesellt werden soll, sodaß wir also die Gewähr haben, wirklich in engster Verbundenheit mit der Reichsregierung zu arbeiten. Ich darf sagen, daß ich es mit größter Genugtuung begrüßt habe, daß mir am letzten Mittwoch, als ich in Berlin wegen unserer Sorgen verhandelte, Herr Dr. Wismann vom Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda mitteilte, der Herr Reichsminister wünsche, daß in dem zu gründenden Aktionsausschuß sein Ministerium vertreten sei..."

Von Gott gesandt und von Gott gesalbt

Ueber die Unterrichtsreform im neuen Deutschland schreibt der kürzlich aus Deutschland abgereiste Korrespondent der Londoner Revue „The New Statesman And Nation" (Nr. 119): „Der Religionsunterricht bestand bisher in den Schulen, die ich zu sehen Gelegenheit hatte, zum größten Teil aus Gesprächen über Hitler und den Ruhm Deutschlands. Ein neuernannter Oberlehrer motivierte den Wechsel in der Leitung der Anstalt mit der Versicherung, daß Hitler dem deutschen Volke von Gott und er selbst durch Hitler gleichfalls von Gott gesandt worden sei. Privatschulen, wie das bekannte Landeserziehungsheim Wickersdorf, und die Volksschulen sind geschlossen und die Odenwaldschule nur bei Aufnahme von Nazi-Lehrern gestattet worden."

Abschied vom Leben

Von Jakob Wassermann.

Es war zwei Uhr nachmittags, als Arnold das Haus verließ.

Er ging ein Stück am Fluß entlang, bis er zu einem verwahrlosten Hüttchen kam. Am Ufer hockten ein Mann und ein Weib und flickten Netze. Im Wasser lag ein kleines Boot. Arnold bat die Leute um das Fahrzeug; er wolle nur bis zum Wald hinunter rudern. Zugleich gab er dem Mann ein Guldenstück und stieg ein. Stehend, mit der Stange stieß er das Boot flußabwärts, wobei er lange Ruhepausen machte, um den strahlenden Himmel oder sein dunkleres Abbild im dunklen Wasser zu betrachten. Es schien ihm, als gleite er zwischen zwei Himmeln dahin.

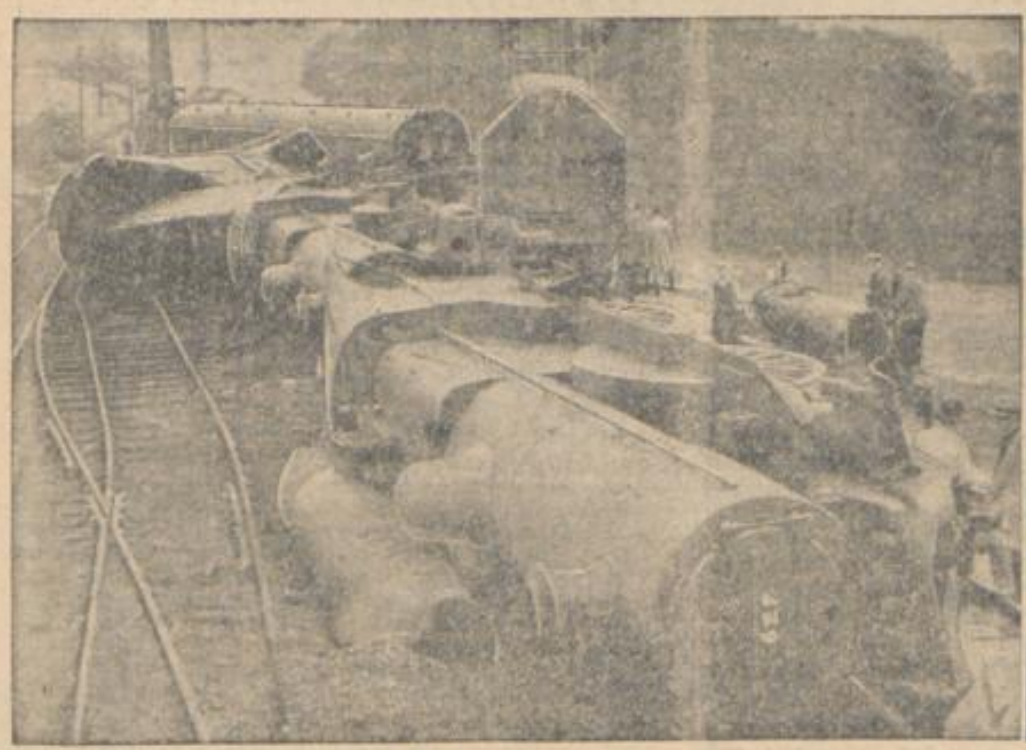
An einer ziemlich einsamen Stelle, wo der Wald an beiden Ufern dicht zum Wasser trat, legte er an und kettete das Boot an einen Stamm. Seine Blicke fielen auf das hellgrüne Moos, den Blätterteppich, die glitzernden Gräserspitzen, das Mückengewimmel in der weißlichen Luft, durch gelbe und goldene Sonnenstrahlen schiebend. Er horchte auf das feine Sausen des Windes hoch in den Kronen, auf vielfältige, schläfrige, halberstorbene Laute, Zweigeknacken, Blätterrascheln, das Flattern kleiner Vögel. Die meisten Sträucher waren schon kahl; auf einem kleinen Wiesenstück standen Hunderte violetter Herbstzeitlosen. In der Tiefe des Forstes ertönte Hundegekläff, dann ebenso fern das Knallen einer Peitsche. Bisweilen stieg ein Hauch wie Nebel zwischen den Stämmen empor.

Die Sonne war am Sinken. Rötlich zitterten die Tannennadeln in der Luft. Der Himmelsausschnitt, den eine Lichtung wahrnehmen ließ, veränderte sein satteres Tiefblau ins Grünlich-Violette. Arnold legte sich auf eine Schicht von braunem Nadelwerk. Mit der Hand haschte er nach den Fäden des Altweibersommers, die ihn umschwebten. Vertieft blickte er dann auf einen Ameisenzug neben seiner Schulter, und er fühlte sich klein wie eine Grille und betrachtete liebend diese Welt der Ameisen und den Wald der Gräser von unten und innen. Seine Züge wurden noch ruhiger als bisher, aber auch ernster. Er rückte ein wenig hinauf, um sich bequem an den dicken Stamm der Föhre lehnen zu können, die von allen ringsum am höchsten ragte, als erste das Abendrot an ihrer Spitze auffing und im Osten zugleich den Mond begrüßte. Er pflückte einen Grashalm und zog ihn lächelnd durch den Mund, so daß die taulige Feuchtigkeit seine Lippen erfrischte. Dann öffnete er den Rock und das Hemd, zog den Revolver aus der Tasche und drückt die Laufmündung fest gegen die linke Brust.

*) Dieser Abschnitt stammt aus dem Roman von Jakob Wassermann: „Der Moloch". Die Werke des Dichters wurden wegen seiner jüdischen Abkunft auf den Index gesetzt und auf zahlreichen Scheiterhaufen verbrannt. Wassermann gehört zu den Romandichtern, die wegen der Kraft ihrer Darstellung, der Freiheit ihrer psychologischen Zeichnung weithin gerühmt wurden — von denen, die heute in den Schriftstellerverbänden oder in den Zeitungen kein Wort gegen die Ausrottung des besten deutschen Kulturgutes zu sagen oder zu schreiben wagen.

BILDER AUS ALLER WELT

Schweres Eisenbahnunglück in Mittelengland

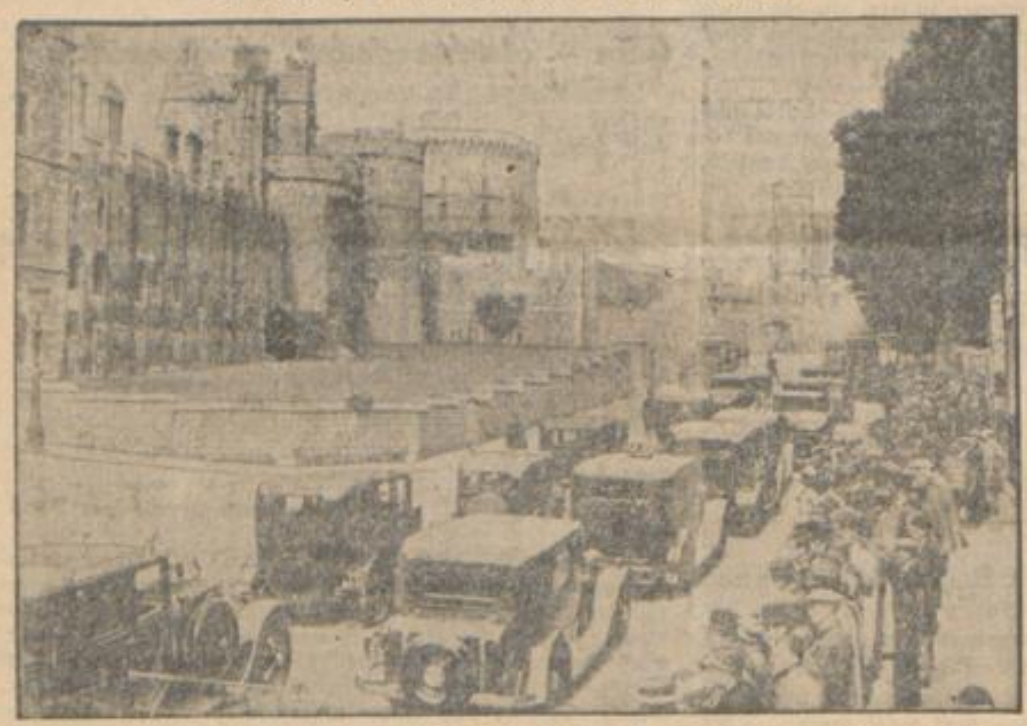


Die Trümmerstätte.
Ein Expreßzug stieß in Derbyshire (Mittelengland) auf einen Güterzug, wobei fast alle Wagen in Trümmer gingen. Das Chaos der zertrümmerten Wagen ließ zunächst befürchten, daß auch der Verlust an Menschenleben sehr groß sei. Doch stellte es sich heraus, daß nur ein einziger Passagier getötet wurde und daß auch die Zahl der Verletzten verhältnismäßig niedrig war.

Waldbrand zur Waldbrand-Verhütung

Der Waldboden wird angezündet, 5 Minuten später steht die ganze Fläche in Flammen. In Mecklenburg (Deutschland) werden jetzt systematisch die örtlichen Feuerwehren in der Bekämpfung der Waldbrände ausgebildet, die alljährlich volkswirtschaftliche Millionenwerte vernichten. Bei der obigen Uebung wurden 10 Hektar Waldboden angezündet, die von 300 Feuerwehrleuten in 2 Stunden abgelöscht wurden.

Der Weekend-Empfang der Delegierten der Weltwirtschafts-konferenz bei englischen Königspaar



Die Auffahrt der Delegierten auf Schloß Windsor, wohin König Georg V und seine Gemahlin vierhundert der prominntesten Mitglieder der Weltwirtschaftskonferenz zu einem Weekend-Tee geladen hatte.

Internationale Sportereignisse in Berlin

Bild rechts:
Oben: Die Vierermannschaft mit Steuermann des Berliner Ruder-Club, die gegen die italienische Olympiamannschaft „Libertas" im Kaiservierer der großen Ruderregatta in Berlin-Grünau gewann.
Unten: Der 110-Meter-Hürdenlauf des internationalen Sportfestes der Berlin EC. Von links nach rechts: Langwald, Fazelli (Italien), Valle (Italien), der Sieger und Welscher.

Oesterreichische Briefmarke zur Wiener Ausstellung

Diese Sondermarke wurde nach Moritz von Schwinds berühmtem Gemälde „Hochzeitsreise" aus Anlaß der großen internationalen Philatelistischen Ausstellung geschaffen, die demnächst in Wien eröffnet wird.

Kein Zirkus — sondern Nazi-Teilnehmer an dem Festzug der Sonnwendfeier im Stadion Berlin-Grunewald in alter Germanentracht! Da bleibt die Spucke weg!

Sie mißhandeln katholische Geistliche

Wir stellen fest:

Bei der Umwälzung im Jahre 1918 wurde keinem Priester ein Haar gekrümmt, keine Kirche wurde attakiert, nicht einmal ein Kirchenfenster wurde eingeworfen ...

Bei der nationalen Revolution von 1933 werden katholische Geistliche tätlich angegriffen, werden ihre Pfarrhäuser gestürmt, werden katholische Jungmannen auf der Straße verprügelt, katholische Abgeordnete schwer mißhandelt ...

Eine Liste katholischer Pfarrer in „Schutzhaft"

Die katholische „Saarpfalz" veröffentlicht folgende „Zwischenfälle":

1. Bechhofen: H. H. Pfarrer Peter:

An einem Sonntagnachmittag sammelte sich vor dem Pfarrhaus in Bechhofen eine größere SA.-Menge, die mit wüstem Geschrei das Pfarrhaus zu stürmen drohte. H. H. Pfarrer Peter, der sich nicht nur in Bechhofen großer Beliebtheit erfreute, glaubte vielleicht kurze Zeit an einen Aprilscherz. Er wurde jedoch eines besseren belehrt, als in sehr bedrohlicher Weise diese SA.-Menge, die nach einer ausländischen Blättermeldung, jeweils die „erregte Menge mimen" muß, dazu überging, das Pfarrerhaus zu stürmen. Darauf erschienen die wirklichen Hüter des Gesetzes, Gendarmeriebeamte, um den Pfarrer von Bechhofen in „Schutzhaft" zu nehmen. Pfarrer Peter wurde darauf nach Zweibrücken verbracht und dort vierzehn Tage festgehalten. In diesem Zusammenhang wollen wir nur die Frage stellen, ob es notwendig war, H. H. Pfarrer Peter vierzehn Tage in Schutzhaft, zum Teil Einzelhaft, in Zweibrücken festzuhalten.

2. Schönau: H. H. Pfarrer Hauck:

Kurze Zeit darauf wurde ein Anschlag auf das Pfarrhaus in Schönau verübt. Bis heute sind bezeichnenderweise die Täter dieses Anschlages noch nicht festgestellt.

3. Schifferstadt: H. H. Geistl. Rat Hiller:

Pfarrer Hiller hat angeblich an einem Nationalfeiertag, der in unserem deutschen Vaterland zur Zeit sehr oft vorkommt, nicht genügend Entgegenkommen gegenüber gewissen Leuten gezeigt. Er wird auch vorübergehend in „Schutzhaft" genommen.

4. Hohenecken: H. H. Pfarrer Mann:

Pfarrer Mann hat angeblich gegen die Vorschriften des Dritten Reiches verstoßen und wird ebenfalls vorübergehend in „Schutzhaft" genommen.

5. Stetten: H. H. Pfarrer Lanninger:

In der Nacht zum Dienstag kurz nach 1 Uhr wurde gegen das katholische Pfarrhaus in Stetten ein Anschlag verübt. Der Sprengkörper, ein etwa 20 Zentimeter großes einzölliges Wasserleitungsrohr, das auf beiden Seiten mit einer starken Mutter verschlossen war, wurde auf die Fensterbrüstung im Schlafzimmer des zur Zeit verreisten Vaters des Pfarrers Lanningen niedergelegt und mittels einer langen Zündschnur zur Explosion gebracht. Zum Glück ging die Explosion nach außen, wobei von dem Sprengkörper an dem über der Straße gelegenen Schulhaus der Dachlandel durchschlagen wurde. Das Fenster selbst ist zertrümmert. Pfarrer Lanninger war kurz vorher durch das mehrmalige Anschlagen seines Hundes aus dem Schlafe geweckt worden. Die Täter flüchteten durch die Ortsstraßen ...

6. Imsweiler: H. H. Pfarrer Matheis:

In der Nacht zum Sonntag wurde auf das katholische Pfarrhaus in Imsweiler ein schwerer Anschlag verübt, wie wir bereits schrieben. Eine große „Menschenmenge" hatte sich in der Umgebung des Pfarrhauses eingefunden und bearbeitete mit Steinen und Stöcken die Wohnung des H. H. Pfarrers Matheis, Türen und Fenster und die Inneneinrichtung des Hauses wurden demoliert. Dank dem energischen Eingreifen der Behörde konnte der Geistliche in Sicherheit gebracht werden. Eine Untersuchung wurde eingeleitet. Dazu wird uns weiter gemeldet: Ein grauenhaftes Bild der Verwüstung und des Schreckens bietet der Anblick des katholischen Pfarrhauses von Imsweiler, das erst vor ein paar Jahren neu erbaut wurde. In der Nacht zum Sonntag wurden die Bewohner von Imsweiler durch eine wüste Schießerei aus dem Schlafe gerissen. Vor dem katholischen Pfarrhaus hatte sich eine große Menge von Menschen angesammelt, die mit Steinen und Stöcken die Wohnung des H. H. Pfarrers Matheis, der sich bei den Katholiken der Nordpfalz sehr großer Beliebtheit erfreut, bearbeitet. Türen und Fenster sind zerschlagen und eingedrückt, das Dach ist sehr stark beschädigt und die Inneneinrichtung des Hauses wurde demoliert. Bietet schon der äußere Anblick des herrlichen Pfarrhauses ein grauenhaftes Bild der Zerstörung, so zeigt erst der Blick ins Innere des Hauses, wie entfesselt die Wut und Leidenschaft von Menschen sein mußte, die in stiller, friedlicher Nacht alles zerstörten und zusammenschlugen. Nur dem Eingreifen der Behörden gelang es, das Leben des H. H. Pfarrers zu schützen. Herr Pfarrer Matheis wurde verletzt und mußte in Sicherheit gebracht werden. Die Täter sind unerkannt entkommen. Nach ihren Rufen kann man schließen, daß sie es auf das Leben des Herrn Pfarrers abgesehen hatten ...

*

Die Liste stammt aus der bayerischen Pfalz, einem einzigen kleinen Bezirk des deutschen Westens! Sie wird veröffentlicht von einer katholischen Zeitung, die in ihrem Kommentar nicht aufhört, die Nazis zu beschwören, doch „loyal" zu sein. Zur selben Zeit verzichten die Katholiken und Zentrumsleute auf jeden ernsthaften Widerstand. Ihre Bürgermeister und Stadtverordneten beugen sich vor dem nationalsozialistischen Terror. Sie wählen Hitler, in dessen Name das alles geschieht, zum „Ehrenbürger". Dies alles geschieht selbst im Saargebiet, wo die gesicherte politische Freiheit eine lebhafte Abwehr des braunen Terrors ermöglicht. Blicken wir nach dem Elsaß heute, so sehen wir zu unserer nicht geringen Ueberraschung, daß sich katholisch nennende Zeitungen teils offen, teils versteckt zu dieser Sorte „Christentum" bekennen!

*

Was im deutschen Vaterlande geschieht

Abgeordneter der Volkspartei

— halbtot geschlagen! — Was keine deutsche Zeitung bringen darf ...

Der dem Zentrum angehörende ehemalige württembergische Staatspräsident Dr. Bolz sitzt auf Veste Bitznau. Jetzt meldet die „Times", das größte konservative Blatt Englands, aus München: Vorgestern zwischen 3 und 4 Uhr morgens drangen fünf Nazi in die Wohnung des Landtagsabgeordneten Dr. Schlögl, Mitglied der Bayrischen Volkspartei, in Landshut ein. Schlögl und seine Gattin waren abwesend, im Hause weilte nur ein Stubenmädchen.

Alles demoliert!

Die SA.-Männer plünderten die Wohnung des Abgeordneten vollständig aus und verwüsteten die Einrichtung. Dann verlangten sie von der Hausgehilfin, sie möge sagen, wo sich Schlögl aufhalte. Als das Stubenmädchen die Auskunft verweigerte, schlugen die Nazis das Mädchen mit ihren Gummiknüppeln und Stahlruten solange auf den Kopf, bis sie gestand, daß Schlögl mit seiner Frau nach Passau zum Besuch der Mutter seiner Frau gefahren sei.

Die SA.-Banditen requirierten das Auto der Zeitung der Bayerischen Volkspartei und fuhren mit dem geraubten Wagen nach Passau. Dort suchten sie das Haus der Schwiegermutter Schlögls auf und fielen über den wehrlosen Abgeordneten her.

Halbtot geschlagen!

Die Nazis schlugen mit einem mit Kieselsteinen angefüllten Gummischlauch auf den Kopf Dr. Schlögls ein. Als Frau Dr. Schlögl und ihre Mutter entsetzt um Hilfe zu schreien begannen, packten die Nazis die beiden Frauen an den Haaren und schleppten sie trotz verzweifelter Gegenwehr bei den Haaren aus dem Zimmer.

Dann schlugen sie weiter mit dem Gummischlauch auf Dr. Schlögl los, bis der Abgeordnete das Bewußtsein verlor und ohnmächtig zusammenbrach. Hierauf setzten sie sich an das gestohlene Auto und fuhren davon. Schlögl wurde mit schweren Verletzungen am Kopf in das Passauer Spital gebracht.

Stadtpfarrer Wagner in „Schutzhaft"

Skandalszenen, die sich nicht beschreiben lassen!

Stadtpfarrer Wagner (Kaiserslautern wurde am Mittwoch abend in Schutzhaft genommen. Der Kreisbetriebszellenleiter und Beauftragte der NSBO. der Gesamtgewerkschaft veranstaltete auf dem Fackelrondell in Kaiserslautern eine Massenkundgebung wegen der Bekannten Vorfälle auf der Genfer Arbeitskonferenz. In deren Verlauf führte der Redner allerdings mehr eine Offensive gegen den H. H. Stadtpfarrer Wagner-Kaiserslautern als gegen die Genfer Gegner. Infolgedessen zog die „erregte Menge" nach Abschluß der Demonstration zum Pfarrhaus St. Marien und forderte dort den H. H. Stadtpfarrer Wagner heraus. Da er dort nicht anwesend war, bewegte sich die Menge vor das Cafe Reinhardt in der Pariserstraße (jetzt Schlageter-Straße). Dort wurde die Anwesenheit des Stadtpfarrers Wagner festgestellt und derselbe in Schutzhaft genommen. Die Szenen, die sich vor und in dem Cafe Reinhardt abspielten, können nicht wiedergegeben werden, da auch die geübteste Feder nicht in der Lage ist, diese Skandalszenen auf dem Papier festzuhalten.

*

Die „Saar-Pfalz", der wir diesen Bericht entnehmen, fügt hinzu:

„Wenn wir uns all das vor Augen halten, glauben wir berechtigt zu sein, zu der bedauerlichen Feststellung, daß heute alle diejenigen vogelfrei sind, die einmal aus ehrlichster und innerster Ueberzeugung und mannhaft ihr Deutschtum vertreten haben gegen innere und äußere Feinde, also schon vertreten haben, als noch viele, die heute sich in der Pose des nationalen Helden gefallen, sich noch nicht um ihr Deutschtum und der sich daraus ergebenden Verpflichtungen bewußt waren."

(Endlich ein deutliches Wort der katholischen Presse!)

*

Mehrere katholische Priester eingesperrt und eine Reihe führender Katholiken verhaftet

Kaiserslautern, 22. Juni.

Am gestrigen Abend und in der Nacht wurden hier elf Personen in Schutzhaft genommen, die sich in „politischer Zersetzungsarbeit" betätigt hatten. Es wurden u. a. festgenommen Pfarrer Mann in Hohenecken, Rechtsanwalt Dr. Mungenast, die Redakteure des „Pfälzer Tageblattes" Bauer und Hartmann und der frühere Schriftsetzer Riede.

Im Anschluß an die gestern veranstaltete Protestkundgebung der Nazis wurde der katholische Pfarrer Wagner, Kaiserslautern, in Schutzhaft genommen, da er Aeußerungen getan hatte, die die Kundgebung mißbilligten. (?!)

Neustadt a. d. H., 22. Juni.

Bei verschiedenen Stellen der Bayerischen Volkspartei in Neustadt a. d. H., Landau und Speyer wurden gestern abend Haussuchungen gehalten. In Speyer wurden Redakteur Dr. Jöckle von der Rheinischen Volkszeitung", ein Oberpostinspektor und ein Kolonialwarenhändler in Schutzhaft genommen. Die Aktion ist, wie bereits gemeldet, auf den „Verdacht" gegründet, daß führende Persönlichkeiten der Bayerischen Volkspartei „mit den österreichischen Christlich-Sozialen und der Heimwehr" in illegaler Verbindung" stehen. (!)

*

Der Diözesentag der katholischen Jugend in Jülich, der wegen der Sonnwendfeier auf den 22. und 23. Juni d. J. verlegt worden war, ist verboten worden.

wtb. Stuttgart, 22. Juni.

Angesichts der Vorgänge in Leutkirch, Heidenheim und Laussen hat der Kultusminister den katholischen Geistlichen Kaplan Saß in Leutkirch, Voith in Heidenheim und Pfarrer Admendinger (Oberamt Rottweil) die künftige Erteilung von Unterricht in den Schulen untersagt.

Bernhard Otte — gleichgeschaltet!

Die christlichen Gewerkschaften verraten ihre Internatio nale und ihre Kirche.

Der oberste Führer der christlichen Gewerkschaften, Bernhard Otte, sitzt im großen Arbeitskonvent der Nazigewerkschaften. Während im Falle der freien Gewerkschaften alle Führer eingesteckt wurden, unterschrieben am 3. Mai die Führer der christlichen Gewerkschaften eine Erklärung ihrer seit langem in Aussicht gestellten Unterwerfung. Sie verrieten damit nicht nur den während Jahren Seite an Seite mit den regulären Gewerkschaften geführten Kampf für die Freiheit der Gewerkschaftsbewegung, sondern auch sich selber, d. h. den katholischen Glauben.

Wenn man heute den „Deutschen", das Organ der christlichen Gewerkschaften Deutschlands, liest, so findet man darin nur noch einen Gott: Hitler, „unser Führer". Wenn „Der Deutsche" sagt: „Das will vielen von uns, wir gestehen es ganz ehrlich, noch nicht so recht in den Sinn", so kann beigefügt werden, daß es der ganzen Welt nicht recht in den Sinn will!

Zu dieser Welt gehört offenbar auch die **Leitung der Christlichen Gewerkschafts-Internationale,** die sich zwar in ihrem offiziellen Organ begreiflicherweise mit viel Zurückhaltung über die Hitlerbegeisterung ihrer deutschen Kollegen ausspricht, jedoch — wie übrigens auch in Genf, wo sie im Zusammenhang mit der Besetzung der Kommissionen usw. mit den freien Gewerkschaften gegen die Nazi-„Arbeiterdelegierten" stimmte — deutlich durchblicken läßt, daß sie **nicht gewillt ist, die obersten Grundsätze der katholischen Kirche für das bereits ziemlich übel riechende Linsengericht des Hitlerismus zu verkaufen.**

Daß im übrigen die Christliche Internationale bestrebt ist, sich in bezug auf das „Bekenntnis zur Nation" vom Internationalen Gewerkschaftsbund und seinen Organisationen zu unterscheiden, mag taktisch begründet sein, erfordert jedoch seitens des Internationalen Gewerkschaftsbundes eine energische Zurückweisung. Wenn es in dem Artikel heißt: „Wenn wir die Amsterdamer Auffassung teilen würden, welche die Internationale betrachtet als einen Ueberstaat, dessen Kabinett in Paris ist, das den Regierungen der Welt und a fortiori den nationalen Gewerkschaftsbewegungen die Gesetze vorschreibt, dann würden wir uns einbilden, durch Annahme einiger Entschließungen Lenker der Weltgeschichte zu werden", so kann diese Verdrehung der Tatsachen, die man eigentlich ruhig den Nazi überlassen kann, kurz und bündig mit der Zitierung des dritten Punktes der Statuten des Internationalen Gewerkschaftsbundes widerlegt werden: „Die Selbständigkeit der **Gewerkschaftsbewegung eines jeden Landes bleibt gewahrt".**

Mitgliedschaft der einzelnen Organisationsangehörigen zur Sozialdemokratischen Partei bleibe hiervon unberührt.

*

Paris, 23. Juni. (Eig. Ber.)

Im „Capital" schreibt Maurice Pernot u. a. folgendes über die österreichische Frage: „Der Hitlersche Raubzug in Oesterreich ist durch einen unerwarteten Widerstand seitens der Wiener Regierung nur noch verschärft worden. Nach zuverlässigen amtlichen Schätzungen befinden sich heute ungefähr 300 deutsche Agenten in Oesterreich, die unter der Maske von Ingenieuren, Handelsreisenden und Studenten von Herrn Hitler dorthin geschickt worden sind, um Unruhen zu organisieren, um die Regierung zu schwächen und zu stürzen und anschlußreif zu machen.

Weder die Beamtenschaft, noch selbst die Armee sind unbehelligt geblieben durch die Hitlersche Aktion; eine reichlich spät erlassene Verordnung verbietet die Mitgliedschaft der Beamten und Soldaten bei der nationalsozialistischen Partei. Man muß zugeben, daß die Wiener Regierung sich alle Mühe gibt, um Herr der Situation zu bleiben: das Verbot der Hitlerpartei war ein erster, aber entscheidender Anfang. Der Kampf geht weiter; die Bundesregierung wird nur dann endgültiger Sieger sein, wenn sie alles mobil macht. Im übrigen scheint es notwendig zu sein, in aller Deutlichkeit und Schärfe darauf aufmerksam zu machen, **daß die von Herrn Hitler beliebte Einmischung in die inneren Angelegenheiten Oesterreichs schon jetzt eine flagrante Verletzung der internationalen Verträge darstellt, eine unverschämte Herausforderung an ganz Europa und ein Attentat gegen den Frieden!"**

Im „Matin" schreibt Henry de Korab u. a.: „Gewiß wird man in Oesterreich die Exterritorialität der deutschen Gesandtschaft und der deutschen Konsulate respektieren; und doch möchte ich mich für nichts verbürgen, wenn es den Hitlerschen Diplomaten etwa einfallen sollte, in Wien spazieren zu gehen! Die öffentliche Erregung hat ihr Maximum erreicht und droht sich zu entladen. Die Wiener Regierung wird nicht zögern, für die Hitlerleute **Sondergerichte und Konzentrationslager** einzurichten. Am meisten scheint die Nazis das Verbot des Tragens ihrer Parteiabzeichen getroffen zu haben; dieser Schachzug der Regierung Dollfuß war sehr geschickt gewählt, denn er ermöglicht es, die Gesetzesbrecher auf der Stelle zu verhaften.

Frankreich-Italien nähern sich ..

auf Kosten Hitler-Deutschlands

wtb. Paris, 23. Juni. Das „Journal" schreibt zu der politischen Entwicklung in Mitteleuropa und der Stellungnahme Frankreichs und Italiens hierzu: **Man müsse eine Rivalität unterbinden, die bis jetzt dazu geführt habe, daß auf der einen Seite Oesterreich, Ungarn und Bulgarien stünden und auf der anderen Seite die Tschechoslowakei, Rumänien und Südslawien. Die Lösung sei nicht mit politischen Vereinigungen oder territorialen Umwälzungen zu finden, sondern in wirtschaftlichen Ententen. Infolgedessen käme weder der Anschluß, noch die Wiederherstellung eines österreichisch-ungarischen Blockes in Frage. In einer „Matin"-Meldung aus Rom wird im Hinblick auf eine Annäherung zwischen Frankreich und Italien erklärt, daß man dort den Besuch des französischen Ministerpräsidenten Daladier sehr gern sehen würde. Auf der Weltwirtschaftskonferenz verteidigten, so heißt es in der Meldung, Frankreich und Italien allein energisch die These der Stabilisierung der Währungen und die Aufrechterhaltung des Goldstandards. Unter diesen Umständen nehme der Gedanke einer französisch-italienischen Annäherung neue Bedeutung an. Bei einer Verständigung zwischen diesen beiden Ländern müßten die politischen und territorialen Fragen in den Hintergrund treten. Daher wünsche man einen Besuch Daladiers in Rom als materielles Symbol und als erste praktische Etappe dieser unerläßlichen Verständigung zwischen Frankreich und Italien.**

Die „Deutsche Freiheit" und ihre Gegner

Kommunisten in Front!

Wir genießen die Ehre, von dem kommunistischen Blatt des Saargebietes, der „Arbeiter-Zeitung", gewürdigt zu werden. Es geschieht in einer Weise, die Mangel an politischer Intelligenz und Gehässigkeit in ungefähr gleicher Stärke vereinigt. Wir erfahren, daß wir der Hitler-Diktatur „sozialfaschistische Hilfsstellung" leisten. Wir verbeugen uns aber zugleich vor dem Ententekapital. Endlich — so steht es wörtlich da! — treiben wir eine Politik, die ein Zusammengehen des deutschen und des ausländischen Imperialismus mit der „Spitze gegen die Sowjetunion" betreibt!

Die Redakteure des kommunistischen Blattes müssen wissen, was sie ihren Lesern bieten dürfen. Wir wollen uns in die Beziehungen zwischen Redaktion und Abonnenten nicht weiter einmischen. Es ist schlimm genug, zu sehen, mit welchem Phrasenschwulst, mit welch abgebrauchten und abgegriffenen Schlagworten deutsche Saararbeiter täglich abgespeist werden.

Ernster nehmen wir nur die Behauptung, daß die „Deutsche Freiheit" abhängig sei vom Parteivorstand der SPD. in Prag. Das ist sie nicht. Sie ist in ihrer Redaktionsführung vollkommen unabhängig. Sie verpflichtet keine der bestehenden Instanzen der deutschen Sozialdemokratie auf ihre Politik. In diesen Forderungen ist sie mit ihnen unverrückbar verbunden: der Niederkämpfung des Faschismus, der Rückgewinnung der politischen und geistigen Freiheit, der Erringung des Sozialismus.

Ziele, bei denen die kommunistischen Blätter uns, wie dieses Beispiel zeigt, mit bewährter Konsequenz in den Rücken zu fallen gedenken.

Weltwirtschafts-Konferenz vertagt?

Man hört wenig von ihr . . .
Ein „tödlicher Schlag" aus Amerika

Die Weltwirtschaftskonferenz in London geht weiter. Aber man kann nicht sagen, daß sie die Welt stark interessiert. Die Nachrichten wechseln zwischen Optimismus und Pessimismus. Man spricht sogar schon von einer

Vertagung auf den Oktober.

Nach einer Havasmeldung aus London hat ein Schweizer Delegierter in einem privaten Unterausschuß der Wirtschaftskommission im Namen der Schweizer Delegation erklärt, infolge der amerikanischen Stellungnahme sei die Konferenz gegenstandslos geworden. Diese Ansicht habe auch in anderen Delegationen Widerhall gefunden, und nach der Morgenpresse entspricht sie der Durchschnittsmeinung, die sich gestern in internationalen Konferenzkreisen gezeigt hat.

Von wesentlichem Interesse ist die Stellungnahme der französischen Industriekreise, die in ihrem Organ „Journee Industrielle" zum Ausdruck kommt. Die amerikanische Erklärung, so schreibt das Blatt, zeige einen radikalen Gegensatz zu den französischen Ansichten und bestätige leider folgendes:

1. **daß Amerika gegenwärtig jede Stabilisierung der Währungen ablehne;**
2. **daß Amerika eine spätere Währungsregelung auf einer Weltbasis ins Auge fasse, eine Angabe, über deren Sinn man sich nicht recht klar werden könne;**
3. **daß Amerika seine Politik der Währungsentwertung und Inflation als Musterbeispiel hinstelle; und**
4. **daß die Vereinigten Staaten, wie in ihrer zweiten gestern bekanntgegebenen Mitteilung zum Ausdruck komme, außerdem noch eine Herabsetzung der Zollschranken fordern.**

Aus dieser Sackgasse werde man wohl nicht mehr herauskommen können.

Der in London weilende Außenpolitiker des „Echo de Paris" schreibt: Der Weltwirtschaftskonferenz sei durch die amerikanische Erklärung ein tödlicher Schlag versetzt worden. Die Konferenz sei jetzt zu einem Phantom geworden. Sie könne nur noch bedingt arbeiten.

Auch der „Matin" beurteilt die Lage aussichtslos und erklärt, Amerika weigere sich gegenwärtig, eine provisorische Währungsstabilisierung vorzunehmen. Trotz diesem Torpedo werde das Konferenzschiff seine Kreuzerfahrt mit dem Kurs auf das Nichts fortsetzen.

Friedrich Stampfer, M. d. R.:

Noch zehn Jahre Versailles!

Im Irrgarten nationalsozialistischer Außenpolitik

Es ist zweifellos, daß die Ernennung Hitlers zum Reichskanzler der Welt einen Nervenschock verursachte. Kein Wunder, hätte der oppositionelle Theaterheld als Reichskanzler auch nur den zehnten Teil von dem wahr gemacht, was er vordem in billigen Tiraden verkündet hatte, dann hätte am Tage darauf Europa in Flammen gestanden. Man wartete gespannt, was da kommen würde. Eine Erklärung der deutschen Regierung, daß sie die Unterschrift unter den Vertrag von Versailles nicht mehr anerkenne, daß Locarno, der Kelloggpakt für sie nicht mehr gelte? Kam nun der Austritt aus dem Völkerbund oder auch nur der ziemlich bedeutungslose aber von früheren Regierungen stets geforderte „Widerrruf der Kriegsschuldlüge"?

Es kam nichts von alledem. Und sehr bald erkannte die französische Diplomatie, daß sie mit dem Wind aus Deutschland ausgezeichnet fahren konnte.

Frankreich galt für die nationalsozialistische Agitation als der Erbfeind, den zu schädigen, wo man nur konnte, nationale Pflicht war. Noch nie aber, selbst während des Krieges nicht, war die diplomatische Vormachtstellung Frankreichs so stark und unbestritten, wie sie es seit dem Beginn des Dritten Reiches ist. Je tiefer Deutschland in Knechtschaft und Barbarei versank, desto glänzender erschien die Rolle Frankreichs als Träger der Freiheit und der Kultur, dazu kommt, daß die Staaten im Osten, die aus den Pariser Friedensverträgen profitiert haben, einem kriegerischen Deutschland gegenüber auf den Schutz Frankreichs angewiesen sind. Auch ihnen gegenüber wurde Frankreichs Stellung noch fester.

So hat Hitler Deutschland schwach gemacht und Frankreich stark.

Die Riesendummheit des Judenboykotts schlug dem Faß den Boden aus. Am 1. April bot Deutschland ein Schauspiel bei dessen Anblick sich die Welt in Abscheu geradezu erbrach. Auch damit konnte Frankreich nur zufrieden sein. Die berühmte Gründonnerstags-Debatte des Londoner Parlaments zeigte nicht nur eine kaum jemals dagewesene nationale Einigkeit gegen das Deutsche Reich, sie gestaltete sich auch zu einer wahren Huldigung für die französische Republik.

Angesichts dieses moralischen Anstandes der ganzen gesitteten Welt wurde der Judenboykott schleunigst abgeblasen. Damit hat freilich die Judenhetze im Lande nicht aufgehört und ebenso wenig sind die katastrophalen außenpolitischen Wirkungen wieder gutgemacht. Il Völkerbund mußte die deutsche Regierung vor dem kleinen jüdischen Angestellten Bernheim einen kläglichen Rückzug antreten. Sie mußte zugeben, daß ihre Judengesetze — die natürlich auch für Innerdeutschland einen infamen Rechtsbruch darstellten — in Oberschlesien unanwendbar sind und sie mußte sich auf die klägliche Ausrede zurückziehen, es handle sich nur um Mißgriffe untergeordneter Behörden. Dafür erlitt sie eine moralische Züchtigung wie keine Regierung je zuvor. Weder Paraguay noch Uruguay, weder Luxemburg noch Liechtenstein sind jemals so behandelt worden.

Keine deutsche Regierung vor Hitler hätte sich eine derartige Behandlung gefallen lassen;

sie hätte mit dem sofortigen Austritt aus dem Völkerbund geantwortet. Statt dessen hat sich Hitler durch Paragraphierung des sogenannten Viererpaktes bereit gezeigt, die weitere Mitgliedschaft Deutschlands im Völkerbund für zehn Jahre zuzusichern.

Die Groteske der nationalsozialistischen Außenpolitik erklomm einen Höhepunkt im Konflikt mit Oesterreich.

Während sich Hitler gegen Polen, Göring gegen Frankreich in Liebesbeteuerungen erging, entfesselten die sogenannten Minister Goebbels und Frank durch jungenhafte Ungezogenheiten einen ernsthaften Konflikt mit dem deutschen Staat Oesterreich. Wenn sich die Regierung Dollfuß gegen die Ungezogenheiten wehrte, war sie hundertmal im Recht, und die aus albernen Prestigegründen gegen Oesterreich verhängte Reisesperre war eine durch nichts zu rechtfertigende völkerrechtswidrige Brutalität.

In diesem ersten ernsten Konflikt, den die Hitler-Regierung mit einer auswärtigen Regierung hat, steht Italien auf Seite des Gegners. Mussolini ist der Bundesgenosse von Dollfuß gegen Hitler.

Die Isolierung Deutschlands wurde damit vollständig. Daran können einige höfliche Redefloskeln des Duce, die man in der reichsdeutschen Presse in dicken Lettern abdruckt, nichts ändern.

1914 hatte Deutschland immer noch Oesterreich-Ungarn, Bulgarien und die Türkei zu Bundesgenossen. Heute steht es ganz allein. „Die Welt ist gegen uns," sagte Hitler am 1. Mai. Dies ist einer der wenigen Sätze aus seinen Reden und Schriften, die mit den Tatsachen übereinstimmen.

Aus dieser Isolierung kann das Reich Adolf Hitlers auch durch keinen Viererpakt befreit werden. Mit der Paragraphierung dieses Vertrages hat Hitler für 10 Jahre die Verpflichtung übernommen, den Friedensvertrag von Versailles unbedingt zu respektieren. Der Artikel 10 des Völkerbundspaktes, auf den sich das neue Dokument ausdrücklich beruft, legt den Vertragsteilnehmern die Pflicht auf, „die Unversehrtheit der Gebiete und der bestehenden politischen Unabhängigkeit aller Bundesmitglieder zu achten und gegen jeden äußeren Angriff zu wahren." Damit verzichtet Deutschland nicht nur auf jede Grenzrevision, sondern es übernimmt noch einmal und diesmal vollkommen freiwillig, die Garantie für die Aufrechterhaltung des bestehenden territorialen Zustandes.

Es verzichtet nicht nur auf den Korridor, es verpflichtet sich sogar, Polen im Besitz des Korridors zu schützen. Zugleich verzichtet es, indem es die politische Unabhängigkeit aller Bundesmitglieder zu wahren verspricht, auch auf den Anschluß von Oesterreich und Danzig!

In dem Buch von Viktor Schiff: „So war es in Versailles", findet man ein in seiner Schlichtheit tief erschütterndes menschliches Dokument. Dort schilderte Hermann Müller die seelischen Erschütterungen, die er erlebte, als er den Friedensvertrag zu unterzeichnen gezwungen war.

Jetzt hat Adolf Hitler diesen Friedensvertrag aus freien Stücken noch einmal unterzeichnet, ohne daß sein Appetit auch nur einen Augenblick darunter gelitten hätte. Er hat mit der betrügerischen Vorspiegelung, er könne eine „nationalere" Außenpolitik machen als die Marxisten und Republikaner sie gemacht hatten, gläubige Massen an sich gelockt. Er hat mit dieser betrügerischen Vorspiegelung uns Sozialdemokraten als Landesverräter und Volksfeinde gehetzt und für vogelfrei erklärt. Jetzt, am Ziel angelangt, treibt er eine Außenpolitik, die nicht nur nicht „nationaler" ist als die der Sozialdemokratie, sondern die auch — im Gegensatz zu jener — jedes Gefühl für nationale Würde vermissen läßt.

Hätte ein sozialdemokratischer Außenminister dem Viererpakt zugestimmt — es läßt sich gar nicht vorstellen, mit welcher Hetze die Nationalsozialisten darauf geantwortet hätten. Jetzt winden sie Adolf Hitler für seinen diplomatischen „Erfolg" dicke Lorbeerkränze. Und das arme, grenzenlos betrogene Volk, merkt es noch immer nicht, wie ihm mitgespielt wird?

„Deutsche Freiheit"

Abonnementspreise:

Saargebiet	fr. Fr. 12.—
Frankreich	fr. Fr. 12.—
Luxembourg	belg. Fr. 16.80
Belgien	belg. Fr. 16.80
Holland	Gulden 1.20
Dänemark	Kronen 3.20
Schweden	Kronen 2.60
Schweiz	schw. Fr. 2.40

Bei Zusendung unter Kreuzband durch die Post, sind die Portogebühren vom Besteller am Monatsende mit zu begleichen.

Einzelverkaufspreise:

Saargebiet	fr. Fr. 0.60
Frankreich	fr. Fr. 0.60
Luxembourg	belg. Fr. 0.85
Belgien	belg. Fr. 0.85
Holland	Gulden 0.06
Dänemark	Kronen 0.16
Schweden	„ 0.13
Schweiz	schw. Fr. 0.20

Inseratenpreise:

Der einspaltige Millimeter/der neunspaltigen Inseratseite 70 fr. Cts.

Gotteslästerung?

Ein Monat Gefängnis – ein befremdendes Urteil

Saarbrücken, 23. Juni.

Die „Volksstimme" hatte vor Monaten einen Artikel mit der Ueberschrift „Vaterunser im Zeichen der Zeit" veröffentlicht. Eine rein politische Abhandlung, die sich gegen den brutalen Hitler-Terror in Deutschland richtete. Die SA., SS., die Minister, Kommissare, die Kampffront schwarzweißrot, die geknebelte Presse und die deutschen Rundfunkhörer spielten in diesem Artikel eine Rolle. Gegen Gott, gegen die Religion, gegen die Kirche war kein Wort in diesem Artikel enthalten. Adolf Hitler, der deutsche Reichskanzler, wurde als Feind des Volkes apostrophiert. Die Formulierungen lauteten u. a.: Unser Adolf, der du sitzest in Berlin, gemordet wird in deinem Namen, zu uns komme dein Drittes Reich, unsere tägliche Rundfunkrede gib uns auch heute, erlaß uns unsere Schulden, wie du es versprochen hast, dein ist jetzt das Reich, die Reichswehr, die Harzburger und 52 Prozent aller deutschen Stimmen . . . . oder „. . . erhalte uns unsere Futterkrippe, zu uns komme kein Gehaltsabbau, unsere täglichen Terrorakte veranstalten wir auch heute usw." . . oder: „die Rundfunkhörer: Adolf Hitler, der du redest über alle deutschen Sender, zu uns komme deine Welle, aber wir schalten sie ab in Preußen wie in den Ländern, unser täglich Brot kannst du uns damit nicht geben und deine Lügen glauben wir dir doch nicht und auch dein Reich wird einst vergehen und Friede wird wieder einziehen im Aether bald und für alle Ewigkeit . . ." Darum wurde Gotteslästerung bzw. Verächtlichmachung einer kirchlichen Einrichtung gesehen. Von wem? Der Reichard-Kreis hat den Herrn Staatsanwalt angerufen. Es kam zum Offizialverfahren, und der für die Saarbrücker Stadtzeitung verantwortliche Redakteur Georg Schulte wurde von der Strafkammer Saarbrücken wegen Verächtlichmachung einer kirchlichen Einrichtung zu einem Monat Gefängnis verurteilt.

Bereits der erste Richter, Herr Landgerichtsdirektor Dr. Steinfels, erklärte: Dieser Artikel bedeutet eine Verächtlichmachung der kirchlichen Einrichtungen. Das Vaterunser, das Gott der Herr den Menschen gegeben hat, indem er erklärte, betet so: Das Vaterunser, das die kleinen Kinder bereits kennen, kaum, daß sie lallen können, und mit dem auf den Lippen die deutschen Soldaten auf dem Felde der Ehre gefallen sind, wird verächtlich gemacht. Die Schamröte steigt einem ins Gesicht, wenn man diesen Artikel liest.

Bemerkenswert sind die Ausführungen des Verteidigers Lehmann-Saarbrücken, der u. a. sagte:

Es gehen viele Gotteslästerungen in die Welt, ohne daß jedesmal der Staatsanwalt eingreift. Oder ist es nicht etwa Gotteslästerung, wenn in einer nationalsozialistischen Zeitung folgender Satz zu lesen ist:

„Der Gott der Juden ist ein unsittlicher Privatmann, der mit den Juden im Bunde steht."

Oder wenn eine Todesanzeige meldet:

„Er starb im Glauben an seinen Erlöser Adolf Hitler."

Man kann zugestehen, daß eine Reihe von nationalsozialistischen Genossen des Verstorbenen in dieser Formulierung keine Gotteslästerung sehen, alle übrigen Christen aber empfinden eine solche Auffassung nicht nur anmaßend, sondern gotteslästerlich. Aber auch hier hat kein Staatsanwalt eingegriffen. Man könnte die Reihe dieser Beispiele noch wesentlich vermehren. Nur ein Beispiel noch: Pastor Hoffenfelder, ein „nationaler" Mann, äußerte einmal in einer Kundgebung folgendes:

„Wenn Luther feststellte, daß ein Landmann mit Pflügen frömmer sein kann als ein anderer mit Beten, so sagen wir: für uns ist der SA.-Mann gottgewollter als eine Kirche, die nicht jubelnd einstimmt in den Ruf zum Dritten Reich."

Ich betone nochmals, daß es dem Angeklagten ferne gelegen hat, eine kirchliche Einrichtung zu diffamieren. Er wollte lediglich einen politischen Gegner angreifen und hatte keineswegs weder das Bewußtsein noch die Absicht, die Heiligkeit kirchlicher Einrichtungen anzugreifen.

*

Das Urteil

Das Urteil lautete trotzdem auf einen Monat Gefängnis. Natürlich ist sofort Berufung eingelegt worden. Wir werden in der morgigen Nummer der „Volksstimme" noch einmal grundsätzlich zu der Frage Stellung nehmen. Eins ist auf jeden Fall klar: Das Obergericht in Saarlouis kann nach den reichsgerichtlichen Entscheidungen in diesem Falle nur zu einem Freispruch kommen.

Achtung!

Abonnements für Paris!

Bestellung sind zu richten an Le Courrier Socialiste, Paris 2, Rue Seydeau.

Verantwortlich: für die Redaktion Joh. Pitz; Inserate Hubert Jüttner, beide in Saarbrücken. Druck und Verlag: „Volksstimme" G. m. b. H., Saarbrücken, Schützenstraße 5.